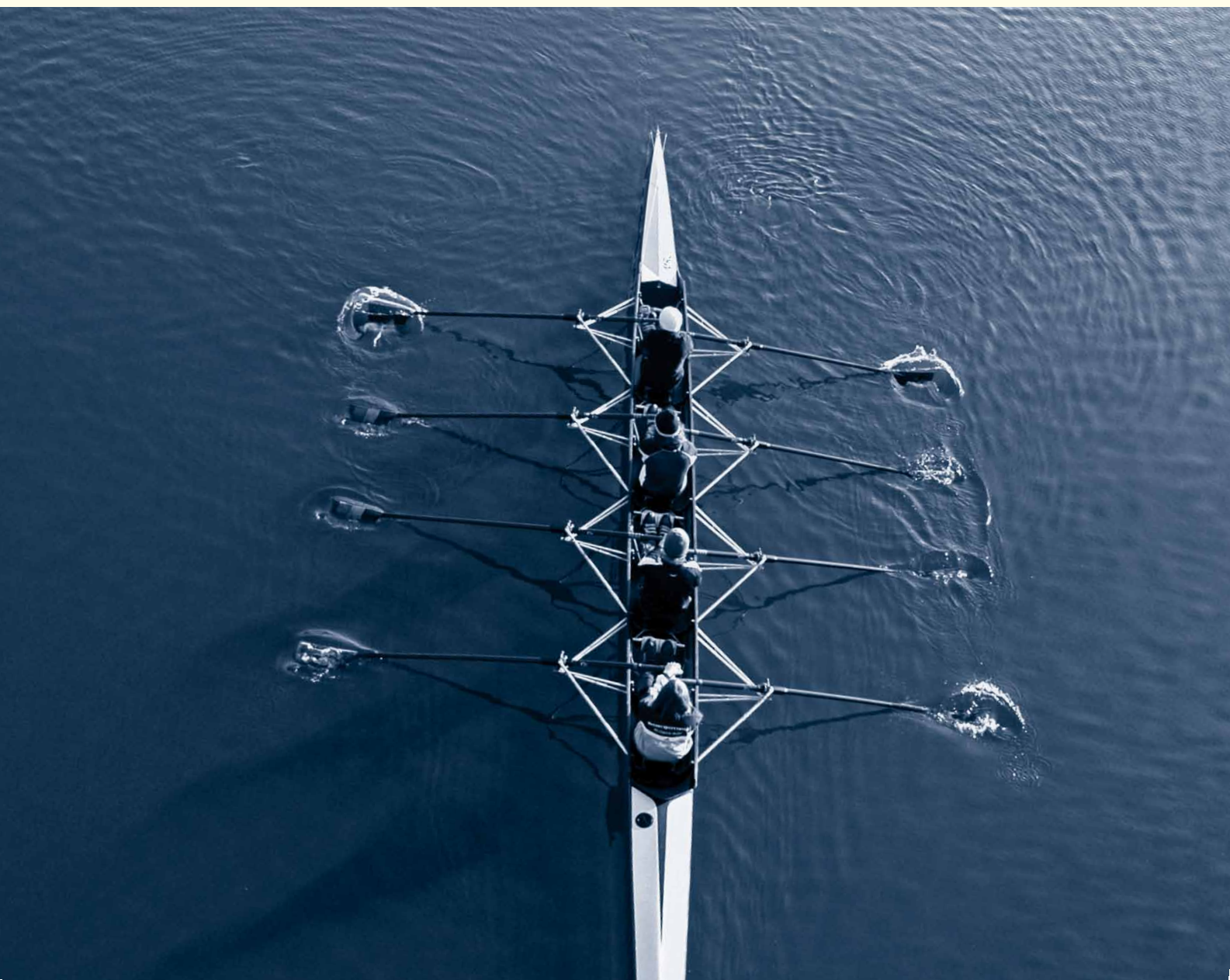
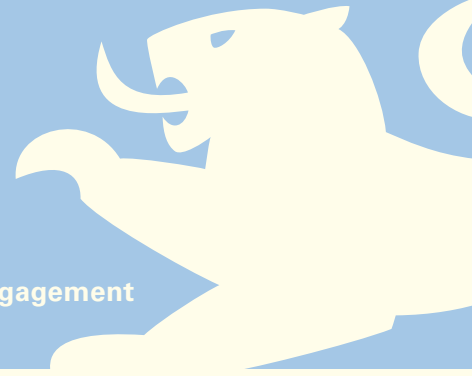


KOORDINIERTE ENGAGEMENTFÖRDERUNG

Das Wissensmagazin

aus Baden-Württemberg. Zahlen, Daten, Fakten zum bürgerschaftlichen Engagement





Editorial	2
Vorwort: Koordinierte Engagementförderung	3
Die Organisation des BE – Quadratur des Kreises	6
Engagementförderung in den Kommunen	
Esslingen: Meilensteine	10
Schwäbisch Gmünd: die Praxis und koordinierte Engagementförderung	14
Koordinierte Engagementförderung in den Gemeinden	17
Heidenheim: „Ich für uns“	18
Ravenstein: Der Bürgermeister als Hauptansprechpartner	19
Sulz am Neckar: Sachgebietsleitung Bürgerdienste	20
Ettenheim: Einsatz einer BE-Fachkraft	21
Denkingen: das Beispiel Bürgerhaus	22
Augsburg: ein Blick über den Zaun	23
Engagementförderung in den Landkreisen	
Breit, koordiniert und vernetzt	26
Landkreis Konstanz: Fachstelle BE	28
Oberschwaben: BE und Menschen mit Behinderung	30

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

20 Jahre Engagementförderung in Baden-Württemberg haben ein dichtes Netz von kommunalen Anlaufstellen für Bürgerschaftliches Engagement (BE) schaffen helfen. In den zurückliegenden Jahren wurde BE von den politisch Verantwortlichen immer stärker wahrgenommen als eine für den gesellschaftlichen Zusammenhalt kostbare Ressource, die es zu unterstützen gilt. Die Frage, wie dies im Reflex auf die örtlichen Bedürfnisse am besten gelingen kann, stellt sich in diesem Zusammenhang immer dringlicher, da die Anforderungen an die kommunalen Anlaufstellen kontinuierlich wachsen.

Wir wollen dieser Frage in der vorliegenden Ausgabe des Wissensmagazins nachgehen. Grundlegend ist die formale Bewertung von BE als Querschnittsaufgabe der Kommune.

Im ersten Beitrag werden Organisationsmodelle vorgestellt, die auf unterschiedliche Bedarfe reagieren und die jeweils gebotene institutionelle Antwort suchen.

Dieser organisationstheoretischen Betrachtung folgen konkrete Beispiele aus verschiedenen Kommunen. Dabei kommen sowohl Großstädte und große Städte als auch kleine Gemeinden

zur Sprache; ein Blick über die Landesgrenzen nach Augsburg rundet diese Beispiele ab.

Schließlich wird der Blick auf die besondere Situation der Landkreise gelenkt, und es werden deren spezifische Engagementfelder in konkreten Beispielen angesprochen.

Das vorliegende Wissensmagazin versteht sich als Hilfestellung für alle die Kommunen, die bürgerschaftliches Engagement als Ressource bergen wollen und über die fachlich notwendige Unterstützung nachdenken.

*Gottfried Wolf
für das Redaktionsteam*



VORWORT

Koordinierte Engagementförderung

QUALITÄTSSPRUNG IM BÜRGER-SCHAFTLICHEN ENGAGEMENT

Was die systematische Engagementförderung in Baden-Württemberg in den letzten 20 Jahren bewirkt hat, macht ein Vergleich mit anderen Bundesländern deutlich.



*Prof. Dr. Ralf Vandamme,
Fachberater im
StädteNetzWerk BE*

In keinem anderen Bundesland haben die Kommunen so viele Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement geschaffen, in keinem anderen Bundesland gibt es so viele Möglichkeiten, sich fachlich zwischen den Kommunen auszutauschen, nirgendwo sonst gibt es die Fachberatungen, die kommunalen Entwicklungsbau- steine und die intensive Einarbeitung und Begleitung neuer Fachkräfte. Kommunale Engagementförderung hat sich in der Praxis bewährt und stetig weiterentwickelt. Dabei hat der Grad der Vernetzung mit der Bürgerschaft

(Zivilgesellschaft) und innerhalb der Verwaltung allmählich zugenommen.

Die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements (BE) hat zunächst vor allem auf der operativen Ebene Erfolge erzielt. In den neunziger Jahren wurde das dritte Lebensalter entdeckt, die Lebensphase nach dem Erwerbsleben und vor der Altersgebrechlichkeit. Die neue Zielgruppe der „jungen Alten“ hat die Engagementlandschaft revolutioniert und zugleich neue Anforderungen gestellt. Sollten die Erfolge der Projekte nachhaltig sein, mussten Strukturen geschaffen werden. Dies geschah vor allem über die Einrichtung kommunaler Anlaufstellen, die kontinuierlich den engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern zur Seite stehen. Gleichzeitig wurden immer neue Fragen laut: Welche Zielgruppen werden noch nicht angesprochen? Wie ge-

hen wir mit der prognostizierten Altersarmut und der zunehmenden Bezahlung im bürgerschaftlichen Engagement um?

Fragen im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Veränderung und infolgedessen selbstverständlich auch der Veränderung und Gestaltung von Quartieren stellen sich zwangsläufig und müssen behandelt werden. Engagementförderung muss deshalb immer mehr sein als nur eine Dienstleistung am Bürger. Sie muss vorausdenken.

So sind die Anforderungen an die kommunalen Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement kontinuierlich gewachsen und sie haben sich dabei von der operativen Ebene zunehmend auf die strategische verschoben. Auf der strategischen Ebene aber nehmen die Abstimmungsbedarfe zu, weil Schnittstellen zu anderen, strategisch arbeitenden Bereichen entstehen – und zwar genau dort, wo die Kommunalverwaltung gegenüber allen anderen Akteuren der Engagementförderung, z. B. in der freien Wohlfahrtspflege, besondere Verantwortung und Kompetenzen hat. Dies sind die Bereiche Planungshoheit, Neutralität (Versammlungsmacht und Anwalt des Gemeinwohls), öffentliche Anerkennungskultur, aber auch das verstärkt im Fokus stehende Problemfeld der demokratisch gebotenen Bürgerbeteiligung. Es versteht sich von selbst, dass es dem bürgerschaftlichen Engagement abträglich ist, wenn Stadtentwicklungsprozesse nicht offen für alle Gruppen sind. Bürgerbeteiligung wird zunehmend auch eingefordert, wenn es um die Planung kommunaler Großprojekte geht.

Parallel zu den Entwicklungen innerhalb der Verwaltungen haben auch Träger und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in den letzten Jahren in Strukturen zur Unterstützung von Freiwilligen investiert. Gut beschrieben ist dies am Beispiel der Bruderhaus-Diakonie, die nicht nur Leitlinien zum Verständnis von freiwilligem Engagement und seiner Förderung erarbeitet hat, sondern auch Beauftragte für freiwilliges Engagement in allen Dienststellen sowie einen zentralen Beauftragten in der Geschäftsstelle zur Begleitung der Beauftragten installierte.¹ Daneben sind gerade auch von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege Freiwilligenzentren oder -börsen eingerichtet worden. Wenn diese vielfältigen Angebote nicht koordiniert sind, entsteht schnell der Eindruck, ein Konkurrenzkampf um die kostenlose aber kostbare Ressource „engagierter Bürger“ sei ausgebrochen. Dies schadet dem Klima im Gemeinwesen und verhindert so effektiv neues Engagement. Als „Gegengifte“ helfen auch hier vor allem Kommunikation, Vertrauensaufbau und eine enge Abstimmung auf örtlicher Ebene.

Koordination ist also sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung ein wichtiges Aufgabengebiet geworden, ein Schlüsselinstrument der kommunalen Engagementförderung. Die kommunalen Anlaufstellen tun gut daran, sich intensiv damit zu



Die neue Zielgruppe der „jungen Alten“ hat die Engagementlandschaft revolutioniert und zugleich neue Anforderungen gestellt.

befassen. Gleichzeitig müssen sie möglicherweise ihre Präsenz in anderen Aufgabengebieten zurückfahren. Dies kann durchaus ein schmerzlicher Prozess sein, wenn in der Vergangenheit gerade dort die größte Arbeitszufriedenheit erreicht wurde. Gerade die Projektarbeit mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern gibt immer auch Kraft zurück. Gleichzeitig ist Projektarbeit immer auch ein Sensorium, mit dem die Verantwortlichen erkunden können, was die Bürgerschaft gerade wirklich bewegt. Die angestammten Aufgaben können also nicht vollkommen ausgelagert werden, sondern müssen in ein neues Gleichgewicht überführt werden. Koordinierte Engagementförderung muss ein Gleichgewicht herstellen zwischen operativer und strategischer Arbeit, zwischen Service und Orientierung, Entwicklungsarbeit und Koordination.

PROF. DR. RALF VANDAMME,
FACHBERATER IM STÄDTENETZWERK BE

¹ Vgl. Roß, Paul-Stefan/Tries, Hilli: Die Kernfrage des freiwilligen Engagements ist die Gewinnung der Hauptberuflichen, Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 10/2010 vom 28.05.2010

Prof. Dr. Jürgen Kegelmann

Die Organisation des bürgerschaftlichen Engagements –

QUADRATUR DES KREISES?

1. EINLEITUNG UND ZIELSETZUNG

Das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ (BE) hat Konjunktur, ist doch eine engagierte Bürgerschaft die wichtigste Voraussetzung für einen demokratisch organisierten Staat. Ziel des BE ist es, die Bürger zu ermutigen und zu unterstützen, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen und sich aktiv für bürgerschaftliche Belange einzusetzen. Damit geht es auch um eine Re-Politisierung der Bürger, damit sie sich direkt (nicht nur repräsentativ) produktiv einmischen. Der Bürger wird damit Teil kommunaler Selbstverwaltung bzw. Selbstgestaltung.

Im Folgenden soll dargestellt werden, wie die Kommune das BE fördern und wirksam organisieren kann. Hierbei gibt es nicht den „one best way“, aber es lassen sich strukturelle Erfolgsvoraussetzungen ableiten, unter denen die Organisation des BE besser oder schlechter gelingen kann.

Um die Frage nach der sinnvollen Organisation zu beantworten, wird in einem ersten Schritt dargestellt, wie sich die Aufgabe „BE“ charakterisieren lässt und welche Herausforderungen sich aus den Merkmalen für die organisatorische Verankerung ergeben. In einem zweiten Schritt werden unterschiedliche Lösungsansätze skizziert und an kurzen Beispielen dargestellt. Abschließend werden Lösungsansätze diskutiert und provokative Thesen zur Organisation der Querschnittsaufgabe „BE“ in den Raum gestellt.

2. CHARAKTERISIERUNG DER AUFGABE „BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT“ (BE) 2.1 MERKMALE VON QUERSCHNITTS-AUFGABEN IM ALLGEMEINEN

Beim BE handelt es sich um eine sogenannte Querschnittsaufgabe. Während Fachaufgaben der Aufgabenerfüllung einer Kommune dienen, stellen klassische Querschnittsaufgaben wie „Personal“ oder „Finanzen“ Ressourcen zur Verfügung, die notwendig sind, um die Fachaufgaben zu erfüllen. Die wichtigsten Querschnittsfunktionen sind hierbei die Bereitstellung von Personal-, Sach- und Finanzmitteln und die Kompetenz, die Organisationsstrukturen im Rahmen der Aufgabenerfüllung zu gestalten. Alle diese Querschnittsfunktionen zeichnen sich

dadurch aus, dass sie keine direkte Außenwirkung entfalten sondern verwaltungsintern sind. Zum Zweiten haben die klassischen Querschnittsaufgaben eine generell starke Position in der Verwaltung, da die Fachaufgaben zwingend darauf angewiesen sind, die erwähnten Ressourcen durch die „Querschnittsämter“ zur Verfügung gestellt zu bekommen. Damit sind die klassischen Querschnittsfunktionen im Gesamtsystem wichtig und durchsetzungsfähig.

Weil die klassischen Querschnittsaufgaben eine wichtige Ressource für die Fachaufgabenumsetzung darstellen, berühren sie die Fachaufgaben insbesondere im Bereich der Planung, Entscheidung und Kontrolle. Die Umsetzung wiederum erfolgt normalerweise stark autonom, sodass sich auch die Koordination der Zusammenarbeit zwischen Fach- und Querschnittsfunktionen auf bestimmte Prozessphasen beschränkt.

Im Folgenden sind die Merkmale der klassischen Querschnittsaufgaben dargestellt, auf der Grundlage der Aufgabentypen „Fach vs. Querschnitt“ und den Prozessdimensionen „Planung, Entscheidung, Vollzug, Kontrolle“.

Merkmale von Querschnittsaufgaben im Allgemeinen

Zentrale Funktionen	Fachaufgaben vs. Querschnittsaufgaben			
	Fachaufgaben	Querschnittsaufgaben		
Allgemeine Prozesse	Jugend, Soziales, ...	Organisation	Personal	Finanzen
Planung	Die klassischen Querschnittsaufgaben sind Personal, Finanzen, Organisation und IT. Sie sind verwaltungsintern.			
Entscheidung	Klassische Querschnittsaufgaben haben eine starke Position im Gesamtsystem (starke Querschnittsämter).			
Vollzug	Klassische Querschnittsaufgaben berühren die Fachaufgaben primär im Rahmen der Planung, ansonsten können die Fachaufgaben stark autonom ausgeübt werden.			
Kontrolle	Die klassischen Querschnittsaufgaben stellen eine Ressource für die Fachaufgaben dar.			

2.2. MERKMALE DER QUERSCHNITTS-AUFGABE BE IM BESONDEREN

Auch beim bürgerschaftlichen Engagement handelt es sich eindeutig um eine Querschnittsaufgabe. Sie liegt quer zu allen anderen Fachaufgaben und berührt diese inhaltlich. Allerdings ist die Aufgabe BE keine „Ressource“ für die Fachaufgabenerfüllung, sondern hat eigene inhaltliche Zielsetzungen. Damit handelt es sich um eine „Fach-Querschnittsaufgabe“.

Ein weiterer Unterschied ist der, dass die betroffenen Fachbereiche nicht auf die „Ressource“ BE angewiesen sind und sie deshalb vordergründig nicht benötigen. Dies schwächt die Aufgabe in ihrer Durchsetzungsfähigkeit, weshalb die Aufgabe BE (im Gegensatz zu den funktionsorientierten Querschnittsaufgaben) verwaltungsintern relativ ohnmächtig ist.

Zum Dritten ist das Handlungsfeld BE sehr unspezifisch. BE kann als „eierlegende Wollmilchsau“ beschrieben werden, eine Aufgabe also, die alles umfassen kann, damit aber auch sehr schwer greifbar ist. Auch hier gilt wieder: Je unspezifischer eine Aufgabe, desto schwerer fällt es, sie systematisch in die Organisation einzubinden. Sie konkurriert einerseits mit den anderen verwaltungsinternen Aufgabenbereichen, zum anderen sind die angesprochenen Zielgruppen sehr heterogen, sodass es schwierig ist, diese spezifisch zu mobilisieren und zu motivieren.

Die mangelnde Spezifität betrifft aber nicht nur die inhaltliche Beschreibung, sondern auch die Verortung im Managementprozess. BE hat

- eine Planungs- und Entscheidungskomponente,
- eine Umsetzungs- und Vollzugskomponente und auch
- eine Kontrollkomponente.

Fazit: Überspitzt könnte man sagen, dass die Querschnittsaufgabe BE (fast) alle Aufgabenbereiche berührt und in allen Prozessphasen von Bedeutung ist. Damit gibt es (fast) nichts, was nicht unter BE fällt, bzw. fallen könnte.

Neben der Charakterisierung des bürgerschaftlichen Engagements als Querschnittsthema lohnt sich eine genauere Beschreibung der Aufgabe BE in Bezug auf weitere relevante Aspekte.

Durch die mangelnde Spezifität berührt die Aufgabe viele Akteure und Interessen, weshalb die Anzahl der an BE beteiligten Personen als hoch bezeichnet werden kann. Normalerweise gilt für die Aufgabenerfüllung: Je mehr involvierte Personen, desto komplexer ist die Aufgabe und desto höhere Anforderungen stellen sich an die Prozesssteuerung der Aufgabe.

Dazu kommt: Die Verwaltung soll die Aufgabe nicht selbst erledigen, sondern soll andere zur Umsetzung ermutigen. Damit ist die Verwaltung der „Enabler“, der ermöglicht, aber nicht selbst tut. Sie erfüllt damit die Aufgabe nur indirekt. Gleichzeitig hat sie keine Möglichkeit, mit dem hierarchischen Steuerungsinstru-

ment der Weisung zu arbeiten. Die Aufgabenpartner haben alle einen hohen eigenen Autonomiegrad und müssen deshalb überzeugt und motiviert werden. Gewohnte verwaltungsinterne Steuerungsmuster greifen deshalb nicht.

Die Aufgabe BE weist noch eine weitere Besonderheit auf, die es besonders anspruchsvoll macht, die Aufgabe erfolgreich in der Kommunalverwaltung zu verankern: Sie liegt quer zur üblichen Verwaltungskultur. Kann die klassische Verwaltungs- und Bürokratiekultur als

- hierarchisch,
- formal aufgabenorientiert,
- weisungs- und zwangsorientiert,
- monologisch und
- spezialisiert

beschrieben werden, so sind die Erfolgsvoraussetzungen für das bürgerschaftliche Engagement geradezu das Gegenteil.

Bürgerschaftliches Engagement setzt die Vernetzung von Akteuren voraus, die informal beziehungsorientiert kooperieren. Die Zielsetzung des Engagements erfolgt partnerschaftlich auf Augenhöhe. Wo Überzeugung im Vordergrund steht, sind deshalb auch der Dialog und die Kommunikation zentrale Erfolgsvoraussetzungen. Die hierarchischen, spezialisierten Aufgabenerfüllungsstrukturen korrespondieren mit linearen Kommunikationskanälen, die eine informale, vernetzte Kommunikation nur schwer ermöglichen.

Auch die starke funktionale Arbeitsteilung, verbunden mit einer Vielzahl von (Teil-)Verantwortlichkeiten im Aufgabenvollzug widerspricht der Aufgabe BE, die ganzheitlich orientiert ist.

Deutlich wird: Neben der Charakterisierung der Aufgabe als Querschnittsaufgabe sind es vor allem die „querliegenden“ Erfolgsvoraussetzungen, die besondere Anforderungen an die Organisation stellen.

3. MÖGLICHE ORGANISATIONSMODELLE UND BEISPIELE

Die Frage stellt sich deshalb, welche Organisationsstrukturen hilfreich sein können, um die Aufgabe BE erfolgreich zu implementieren. Generell können verschiedene Ansätze verfolgt werden, um das Thema in der Kommune zu verankern.

3.1 STRUKTURORIENTIERTE IMPLEMENTIERUNG

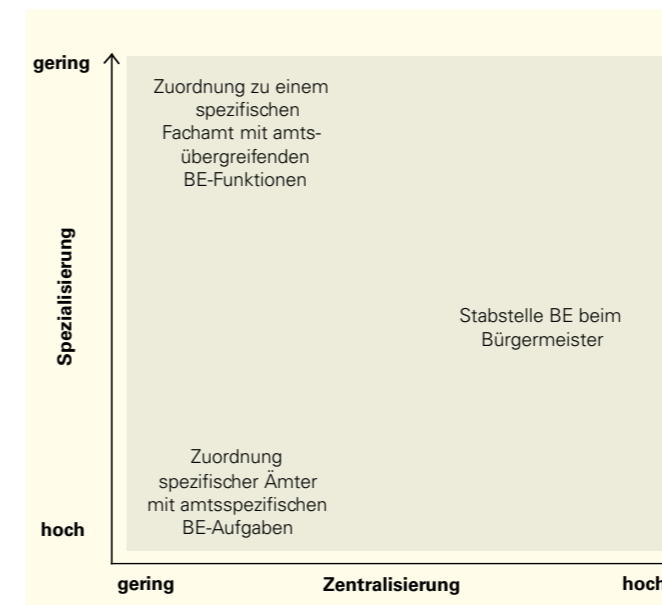
Im ersten Ansatz wird die Aufgabe BE und ihre Zielsetzung definiert, es werden die zur Umsetzung notwendigen Kompetenzen diskutiert und die Aufgabe wird einer Organisationseinheit zugeordnet.

In der Mehrzahl der Kommunen wird hierbei eine verwaltungsinterne Zuordnung vorgenommen, wobei die Unterschiede zwischen dem Zentralisierungs- und Dezentralisierungsgrad sowie dem Spezialisierungs- und Generalisierungsgrad groß sein können.

Manche Kommunen hängen die Aufgabe hoch auf, indem sie die entsprechende Funktion der Führungsspitze, z.B. in Form einer Stabsstelle, zuordnen. Dies bedeutet oft auch, dass die Funktion eher ganzheitlich-generell verstanden wird und sich auf viele, amtsübergreifende Aspekte des BE bezieht. Weil eine Stabsstelle normalerweise keine Entscheidungsbefugnis besitzt, bleiben gleichwohl amtspezifische BE-Funktionen in der Zuständigkeit der Ämter. Die Stabsstelle begreift sich dann als amtsübergreifender Facilitator, Koordinator und Unterstützer.

Andere Kommunen wiederum ordnen die BE-Funktion spezifischen Fachämtern zu, wobei die Zuordnung sich auf den Amtsauftrag beziehen kann oder aber eine amtsübergreifende Zielsetzung verfolgt. So kann es sein, dass BE bei der Stadtplanung angesiedelt ist und sich besonders auf die Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen fokussiert. Ober aber die Aufgabe wird dem Jugend- und Sozialamt zugeordnet und fokussiert sich auf die entsprechenden Zielgruppen (z. B. Jugendliche, Senioren). Offensichtlich ist, dass es fachamtsbezogene Zuordnungen eher schwerer haben, amtsübergreifend zu agieren, da die Ressortegoismen oft zu Abschottungstendenzen führen.

Verwaltungsinterne Ansätze des BE



3.2 PROZESSORIENTIERTE IMPLEMENTIERUNG

Ein weiterer Ansatz ist die prozessorientierte Organisation des bürgerschaftlichen Engagements.

Hierbei wird entweder ein eigener Prozess initiiert, bei dem Bürger und Institutionen aus der Bürgerschaft eingeladen werden, an einem BE-Prozess teilzunehmen. Nach einer umfassenden Information und einer großen Auftaktveranstaltung werden Projektideen gesucht, die dann, oft auf der Grundlage verschiedener Handlungsfelder gemeinsam mit der Bürgerschaft umgesetzt werden.

Dabei handelt es sich um einen originären, eigenständigen Innovationsprozess. Darüber hinaus kann versucht werden, das Thema an bereits vorhandene Routineprozesse (z.B. Stadtplanungsprozesse) anzudocken, um so das Thema BE in den Routineprozessen der Verwaltung nachhaltig zu verankern.

3.3 PROJEKTORIENTIERTE IMPLEMENTIERUNG

Auch die projektorientierte Vorgehensweise ist denkbar. Hierbei wird keine eigene Struktur in der Verwaltung geschaffen. Stattdessen wird eine Arbeits- oder Projektgruppe beauftragt, das Thema vorzubringen und die entsprechenden Aktivitäten zu planen. Die Projektgruppe ist amts- und hierarchieübergreifend besetzt. Auch können Externe hinzugezogen werden. Vorteil dieser Organisationsform ist eine starke Flexibilität sowie die Beteiligung der betroffenen Ämter, die mit in die Verantwortung genommen werden. Die Ansätze müssen hierbei nicht nebeneinanderstehen, sondern können kombiniert erfolgen.

Während in der Mehrzahl der Fälle eine verwaltungsinterne Organisationsform gewählt wird, gehen immer mehr Städte dazu über, räumliche und organisatorische Strukturen außerhalb der Stadtverwaltung zu schaffen, um die Barrieren zwischen Bürger und Verwaltung abzubauen und um die verwaltungsspezifischen Funktionsweisen zu minimieren. Gleichwohl bleibt die zentrale Aufgabe, das Anliegen auch in die Verwaltung zu transportieren, weshalb auch die Ansiedlung außerhalb der Verwaltung noch kein Garant für den Erfolg ist.

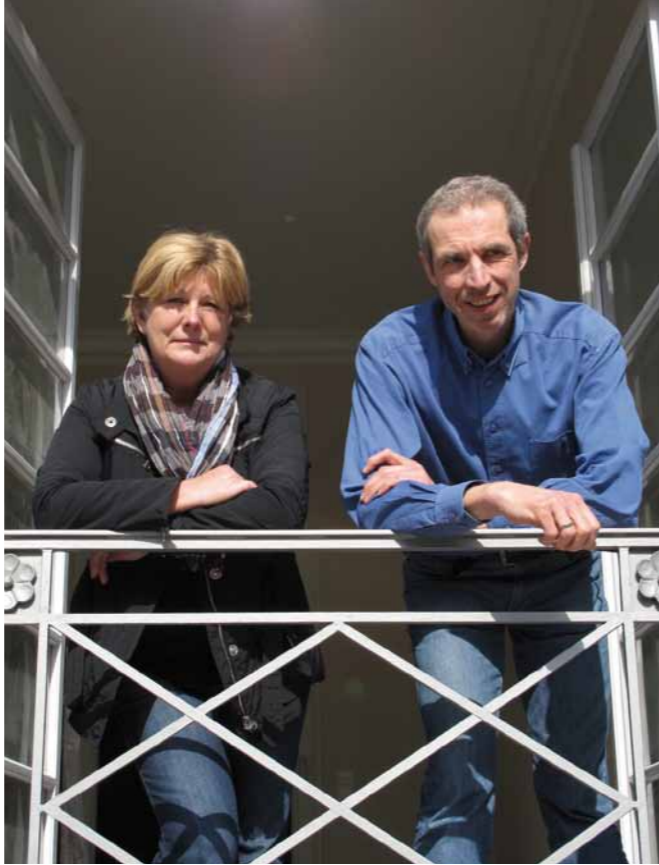
3.4 BEISPIELE ERFOLGREICHER IMPLEMENTIERUNG

Abschließend sollen einige Beispiele die Kombination der unterschiedlichen Ansätze verdeutlichen. Sie werden an anderer Stelle vertieft ausgeführt.

In Esslingen ist eine Stabsstelle Bürgerengagement beim Amt für Sozialwesen angesiedelt und dort direkt an die Amtsleitung angebunden. Das Amt für Sozialwesen ist Teil des Dezernats IV, das die Bereiche Ordnung, Kultur, Soziales und

Schulen umfasst. Allerdings ist eine sehr enge strategische Anbindung an den Oberbürgermeister organisiert, indem die Bürgerreferentin im Büro des Oberbürgermeisters an der strategischen Weiterentwicklung des Bürgerengagements beteiligt ist. Auch die Kommunikation ist stark verzahnt. So wurde in Esslingen über die interne Verwaltungsorganisation hinaus das Netzwerk ESaktiv gegründet, an dem einerseits andere bürgereingagierte Ämter wie auch außenstehende Gruppen beteiligt sind. Während die Geschäftsführung des Netzwerkes bei der Stabsstelle liegt, ist für die Kommunikation nach außen die Bürgerreferentin verantwortlich. Eine enge interne Verzahnung ist deshalb organisiert.

In Schwäbisch Gmünd wie auch in Heidenheim ist die Stabsstelle, bzw. Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement direkt dem Oberbürgermeister zugeordnet. In Schwäbisch Gmünd gibt es darüber hinaus eine stadtinterne Fachgruppe Bürgerschaftliches Engagement, in der die Koordination innerhalb der Stadtverwaltung erfolgt. Nach außen gibt es eine „Plattform BE“. Die Verzahnung zwischen der stadtinternen Fachgruppe und der Plattform BE erfolgt über eine kleine Koordinierungsgruppe. In Heidenheim ist die Koordinierungsstelle Teil



Renate Schaumburg und Wolfgang Kirst von der Stabsstelle Bürgerengagement in Esslingen

des Netzwerks „Generationenforum“, das wichtige Kooperationspartner und -projekte integriert.

Die wohl ausdifferenzierteste Organisationsstruktur im Bereich bürgerschaftliches Engagement weist die Stadt Augsburg auf. Innerhalb der Stadtverwaltung ist das Büro für Bürgerschaftliches Engagement dem Oberbürgermeister zugeordnet. Darüber hinaus ist eine Vielzahl von einzelnen Projekten direkt den Dienststellen zugeordnet. Für jedes dieser konkreten Projekte sind eigene Beteiligungsstrukturen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren definiert. Neben der stadtinternen Geschäftsstelle gibt es das Freiwilligen-Zentrum Augsburg, ein auch räumlich außerhalb der Stadtverwaltung organisierter Raum, der die Vielzahl der Bürgeraktionen, gemeinsam mit der Geschäftsstelle bündelt und koordiniert. Die strategische Steuerung des „Bündnis für Augsburg“ erfolgt in einer Steuerungsgruppe, in die Vertreter der Bürgerschaft, der Wirtschaft und der Stadtratsfraktionen entsandt werden. Die Leitung obliegt dem Oberbürgermeister. Die Bündelung der Vielzahl der Einzelprojekte erfolgt in regelmäßigen Projektversammlungen. Hierzu sind je zwei Vertreter aus den definierten Projekten eingeladen. Die basisdemokratische Plattform bildet die Vollversammlung, zu der alle aktiv Mitwirkenden eingeladen sind. Deren Aufgabe ist es, die Vertreter der Bürgerschaft für die Steuerungsgruppe zu wählen und den stadtweiten Informations- und Gedankenaustausch zu fördern. Damit ist ein nachhaltiges städtisches Netzwerk organisiert, das einerseits klare und transparente Strukturen ausgebildet hat, innerhalb dieser Strukturen aber genügend Freiraum für Entwicklung und Eigeninitiative bietet.

Auf der Grundlage der bisherigen Ausführungen können abschließend folgende Thesen formuliert werden:



In Augsburg wird die Arbeit der Steuerungsgruppe koordiniert von der Geschäftsstelle des Bündnis für Augsburg. (V.l.n.r.) OB-Beauftragter Stadtdirektor Josef Schwarz, Ulrike Bahr, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Reiner Erben, Herta Hiemer, Hans Blöchl, Regina Stuber-Schneider, Dr. Manfred Uhl, Herbert Roßnagel, Nergiz Acarsoy, Gottfried Swoboda abwesend: Dr. Werner Lorbeer und Barbara Kraus

Thesen zur Organisation der Querschnittsaufgabe BE – Etablierung von Netzwerken

Eine erfolgreiche Organisation von BE setzt voraus,

1. dass der Aufbau verwaltungsinterner Strukturen mit dem Aufbau verwaltungsexterner Strukturen gekoppelt wird. Hintergrund ist, dass das BE verwaltungsintern sonst einerseits nicht das notwendige Durchsetzungsvermögen erzielen kann. Zum anderen müssen über die informale Kommunikation hinaus auch formale Kommunikationskanäle aufgebaut werden. Dies ermöglicht eine transparente, legitime Kommunikation nach außen.
2. dass die Aufgabe zwar hoch angesiedelt ist, dass sie aber gleichzeitig mit dezentralen Verantwortlichkeiten in den Ämtern / Ortsteilen verknüpft wird. Auch hier liegt der Grund im beschriebenen Aufgabencharakter. BE setzt zwingend eine starke Unterstützung seitens der Führungsspitze voraus. Genauso zwingend ist aber, dass dezentrale Eigenverantwortung der Ämter nicht ausgehebelt wird. Bürgerengagement muss mit den konkreten kommunalen Aufgabenfeldern verknüpft bleiben und darf nicht einer rein spezialisierten Sondereinheit zugeordnet werden. Die Verknüpfung zwischen zentraler und dezentraler Verantwortung setzt voraus, dass die Komplexität nicht zu groß wird. Eine Beschränkung auf wichtige Handlungsfelder des BE ist deshalb sinnvoll.
3. dass intelligente formale Strukturen durch eine intelligente interne und externe Prozessarchitektur ergänzt werden. BE bedarf einer Initiierung, einer Bestandsanalyse und Planung, Entscheidung über Aktivitäten, die konkrete Umsetzung sowie einer Erfolgskontrolle. Diesen Prozess gilt es gezielt zu gestalten. Hierzu können projektorientierte Organisationsformen eine wichtige Rolle spielen. Eine amtsinterne Projekt- und Arbeitsgruppe auf der operativen Ebene kann durch eine intern und extern besetzte Lenkungsgruppe auf der strategischen Ebene ergänzt werden. Auch können großgruppenspezifische Methoden genutzt werden.
4. dass es den BE-Verantwortlichen in den Verwaltungen erlaubt ist, über die klassisch hierarchischen, formalen Kommunikationsstrukturen hinaus zu kommunizieren. Es klingt paradox: Durch formale Kommunikationsregelungen kann informale vertikale und horizontale Kommunikation erlaubt werden.

5. dass die Aufgabe BE nicht nur in der formalen Stellenbeschreibung des BE-Verantwortlichen vorkommt, sondern sich auch in den Organisationsstrukturen der Ämter niederschlägt. Erst wenn die konkreten Ämter und Stelleninhaber im Rahmen z. B. von Zielvereinbarungen und Mitarbeitergesprächen auch hinsichtlich ihres Beitrags zum bürgerschaftlichen Engagement Rechenschaft ablegen müssen, kann davon ausgegangen werden, dass ein Kulturwandel stattfindet.
6. dass Ziele definiert werden, die mehr Prozess- als Inhaltscharakter haben. Da sich BE nicht befehlen lässt, da BE mehr mit Beteiligung von Menschen als mit Vollzug von Beschlüssen zu tun hat, ist das Ergebnis und der Output von BE nicht voraussagbar. Damit ist auch ein Verlust an Kontrolle verbunden. Nur wer bereit ist, diese Kontrolle zu verlieren und Inhalte im Vorfeld bewusst nicht festzulegen, wird langfristig eine engagierte Bürgerschaft entwickeln. Dies setzt eine entsprechende Prozesskompetenz vonseiten der Verwaltungen voraus.
7. dass man von anderen Handlungsfeldern lernt, die schon wesentlich länger in intra- und interorganisatorischen Netzwerken arbeiten. Hier ist beispielsweise das Stadtmarketing zu nennen, das schon seit Anfang der 90er Jahre alternative Organisationsmodelle erprobt, die jenseits der klassischen Hierarchien liegen.

Fazit: Die Organisation von BE ist anspruchsvoll. Es lassen sich Grundsätze für eine erfolgreiche Organisation nennen, die aber im Einzelfall auf die individuelle Situation (z. B. Größe der Kommune, vorhandene Anknüpfungspunkte etc.) angepasst werden müssen. Im Kern geht es darum, Netzwerke zu etablieren, die erfolgreich an die Stadt bzw. die Gemeinde und die verwaltungsinternen Steuerungsmuster angedockt (damit auch formalisiert) werden, gleichzeitig aber genug Spielraum für hierarchiefreie Steuerung ermöglichen. Dass dieses (paradoxe) Ansinnen gelingt, ist die Hoffnung und der Anspruch des vorliegenden Artikels. Hierbei sind sinnvolle Strukturen eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. Entscheidend ist der kommunalpolitische Wille, das Ehrenamt und damit auch die Einmischung zu fördern und dem Bürger damit auch Selbstverantwortung zurückzugeben. Auch dies ein Paradoxon: Es geht darum, Macht abzugeben, um neue kommunale Handlungsspielräume zu gewinnen.

¹Weitere fachliche Querschnittsaufgaben sind beispielsweise die Themen Europa, Familie, Integration etc.
²Bereits Max Weber hat die Merkmale der bürokratischen Organisation Anfang des 20. Jahrhunderts detailgenau beschrieben. Trotz „Neuer Steuerung“ und einer Vielzahl von Verwaltungsreformen sind die Grundprinzipien erhalten geblieben.



Meilensteine der kommunalen Engagementförderung in Esslingen

EIN BLICK ZURÜCK NACH VORN

2010 wurde in Baden-Württemberg das 20-jährige Jubiläum staatlicher Förderung bürgerschaftlichen Engagements gefeiert. Ähnlich wie im Land hat sich auch auf kommunaler Ebene die Förderung von Engagement in dieser Zeit kontinuierlich weiterentwickelt. Neben der Vereinsförderung ist dabei ein neues Aufgabengebiet entstanden, das auf eine aktive Bürgerschaft setzt, die sich freiwillig für ihr Gemeinwesen engagiert. Wie dieser Entwicklungsprozess kommunaler Engagementförderung in Esslingen am Neckar bisher verlaufen ist und welche weiteren Entwicklungen sich abzeichnen, wird in diesem Artikel dargestellt.

Als die kommunale Altenhilfe-Fachberatungsstelle¹ sich 1993 des Themas Bürgerengagement annahm, war nicht absehbar, wohin die Reise gehen würde.

Die Chronologie, die hier dargestellt wird (vgl. Schaubild), zeigt rückblickend eine schlüssige und logische Entwicklung. Diese beruht jedoch nicht auf einer zu Beginn festgelegten langfristigen Zielformulierung mit klar abgestecktem Weg zu diesem Ziel. Sie verdeutlicht vielmehr einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess, bei dem viele Einflüsse und Entscheidungen aus dem Bereich des Bürgerengagements, der Kommunalpolitik und des Verwaltungshandelns, aber auch viele andere Faktoren ineinandergreifen haben und aufgenommen wurden.

Der Gesamtprozess war mehrfach von unterschiedlichen Handlungssträngen geprägt, die sich teilweise parallel entwickelten, im Lauf der Zeit aber zusammengeführt werden konnten. Der Blick zurück macht deutlich, dass der grundlegende Ansatz, Kooperationen zu suchen und Netzwerke aufzubauen, sich als roter Faden durch diese Entwicklung zieht und mit Sicherheit als einer der Erfolgsfaktoren für die positive Entwicklung der Engagementförderung in Esslingen beschrieben werden kann.

Bereits 1993 wurde im Rahmen der Seniorenarbeit damit begonnen, die im Land diskutierten Ideen zu neuen Engagementformen in konkrete Projekte umzusetzen. Dabei entstanden die ersten bürgerschaftlichen Gruppen in Esslingen.

Ein wichtiger Entwicklungsimpuls waren 1995 die „Volunteers-Grundsätze“, die unter dem Dach der Altenhilfe-Fachberatung im Landkreis Esslingen entwickelt worden waren. Ein Jahr lang hatte sich eine „Denkwerkstatt“ mit Literatur und Erfahrungsberichten beschäftigt, um die amerikanischen Volunteers-Grundsätze „ins Schwäbische“ zu übersetzen.

Entstanden ist dabei ein Thesenpapier, das Rahmenbedingungen benennt, die gewährleistet sein müssen, damit Menschen bereit sind, ihre Zeit und ihre Kompetenzen einzubringen. Beschrieben wurden dabei auch Erwartungen an Hauptamtliche und Träger, um diese Rahmenbedingungen abzusichern.

An diesem Prozess waren seitens der Stadt Esslingen neben Fachkräften auch Esslinger Bürgerinnen und Bürger beteiligt, die anschließend daran mitwirkten, die Grundsätze in konkreten Projekten in der Stadt mit Leben zu füllen. Die damals entwickelten Volunteers-Grundsätze haben bis heute nicht an

MEILENSTEINE DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

- 1993** **Altenhilfe-Fachberatung**
- 1993ff** **Aufbau und Gründung vieler bürgerschaftlicher Gruppen**
- 1995** **Volunteers-Grundsätze**
- 1998** **Forum Esslingen und Freiwilligenagentur EBBE**
- 1999** **Lokale Agenda 21**
- 2000** **Esslinger Aktivbüro und Zeitschrift „ESaktiv“**
- 2001** **Bürger- und Vereinshaus Mettingen**
- 2005** **Netzwerk ESaktiv – in Vereinen, Kirchen und Stadt und erster Markt des bürgerschaftlichen Engagements**
- 2006** **Mehrgenerationen- und Bürgerhaus Pliensauvorstadt**
- 2009** **Neue Bezeichnung: Stabsstelle Bürgerengagement**
- 2009** **Neuorganisation der Zuständigkeiten für die Agenda 21**
- 2010** **Gründung BE – Plenum und verwaltungsinterne AG „Bilanz und Ausblick BE“**

Aktualität verloren. Sie waren und sind Ausdruck des neuen Selbstverständnisses, mit dem Bürger beteiligt werden wollten. Sie waren in der Folge handlungsleitend für die kommunale Unterstützung des Aufbaus zahlreicher Initiativen. Entstanden sind dabei z.B. der Stadtseniorenrat und die Freiwilligenagentur EBBE (Esslinger Börse BürgerEngagement).

1998 fanden diese Gruppen im „Forum Esslingen – Zentrum für Bürgerengagement“ auch räumlich eine Heimat. In städtischer Trägerschaft, aber von Beginn an unter Beteiligung aller Initiativen, die dort beheimatet waren, wurde dieses Haus zu einem Ort, an dem Selbstorganisation bis heute groß geschrieben wird.² Die kommunale Altenhilfe-Fachberatung bot unterstützende Begleitung an und trug Sorge, dass die vorhandenen Rahmenbedingungen zu einem Engagement ermutigten. Neue Projekte erhielten Raum und Förderung, um sich entwickeln zu können. Der damals gegründete Koordinierungsausschuss entscheidet auch heute noch über alle gemeinsamen Belange im Haus und organisiert gemeinsame Veranstaltungen und Feste.

1999 entstand im Rahmen der Lokalen Agenda 21 ein zweiter Handlungsstrang bürgerschaftlichen Engagements. Initiiert sowie fachlich und organisatorisch begleitet wurde der Esslinger Agenda-Prozess vom Büro des Oberbürgermeisters. An der Auftaktveranstaltung nahmen mehr als 400 Esslinger Bürgerinnen und Bürger teil. In der Folge entstanden zahlreiche eigenständig agierende Gruppen, die über regelmäßige Projektleitertreffen miteinander vernetzt blieben. Zur Unterstützung der Gruppen wurde das „Aktivbüro“ gegründet und als Servicestelle an zentraler Stelle im Rathaus angesiedelt. Zweimal jährlich wird seither die Zeitschrift „ESaktiv“ herausgegeben. Zunächst berichteten dort nur die Gruppen der Lokalen Agenda 21 über ihre Arbeit. Mittlerweile sind alle bürgerschaftlichen Gruppen, Selbsthilfegruppen und Vereine eingeladen, ihre Arbeit und ihre aktuellen Projekte vorzustellen. Sie erscheint weiterhin regelmäßig zweimal jährlich – zum Neujahrsempfang und zum Bürgerfest im Juli.

Von Beginn an gab es auf Verwaltungsebene Kontakt zwischen den Verantwortlichen für den Agenda-Prozess und der damaligen Altenhilfe Fachberatung, aber auch zu den anderen Fachämtern, die thematische Schnittstellen zu den Gruppen hatten (z.B. Umwelt und Verkehr). Einzelne Agenda-Gruppen waren und sind unmittelbar im sozialen Bereich tätig, hier war die Kooperation mit der Altenhilfe-Fachberatung besonders intensiv. So war zum Beispiel die Agendagruppe „Bürgerhäuser“ maßgeblich am Gründungsprozess des Bürger- und Vereinshauses Mettingen beteiligt. (Von Verwaltungsseite war die Altenhilfe-Fachberatung federfüh-

rend für diesen Prozess verantwortlich.) Im September 2001 wurde das Haus eröffnet. Wie beim „Forum Esslingen – Zentrum für Bürgerengagement“ liegt die Trägerschaft auch hier bei der damaligen Altenhilfe-Fachberatung und heutigen Stabsstelle Bürgerengagement.

2005 wurde in enger Zusammenarbeit von Altenhilfe-Fachberatung und Bürgerreferentin (Büro OB) das „Netzwerk ESaktiv – in Vereinen Kirchen und Stadt“ initiiert. Es entstand aus dem Anliegen, den zahlreichen informellen Kooperationen und den Kontakten zu vielfältigen Netzwerkpartnern eine formale Plattform zum Austausch zu geben. Gleichzeitig wurde damit das Ziel verfolgt, weitere wichtige Akteure im Bereich des freiwilligen Engagements einzubeziehen, wie z.B. die Verbände, Vereine und Selbsthilfegruppen. Um ein arbeitsfähiges Gremium zu erhalten, wurden gezielt Personen angesprochen, die als Knotenpunkte im Netzwerk und damit als Multiplikatoren in ihre jeweiligen Organisationen hinein fungieren sollten. Ein wichtiges Kriterium bei der Auswahl der Netzwerkmitglieder war es, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der städtischen Fachämter und „externen“ Netzwerkpartnern herzustellen.³ Die Geschäftsführung erfolgte zunächst gemeinsam durch die damalige Altenhilfe-Fachberatung und die Bürgerreferentin. Mit der Neuorganisation der Zuständigkeiten im Jahre 2009 hat die heutige Stabsstelle Bürgerengagement diese Aufgabe alleine übernommen.

Bereits im Gründungsjahr organisierte das Netzwerk ESaktiv einen Markt des bürgerschaftlichen Engagements, der seither alle drei Jahre stattfindet. Es beteiligten sich rund 120 Organisationen, was zu einem regen Austausch führte. Gruppen

Ziele und Aufgaben des Netzwerks sind in den Flyern formuliert.



aus dem Migrations-, Selbsthilfe-, Umwelt- oder Sozialbereich, Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen aus den Bereichen Sport, Kultur und Rettungswesen sowie Träger verschiedener Einrichtungen – vom Frauenhaus bis zu den Pflegeeinrichtungen – waren beteiligt. Sie fanden in den Begegnungen neue Berührungspunkte und Ansätze für Kooperationen. 2011 wird der Markt im Rahmen der Esslinger Aktivitäten zum europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit stattfinden.

Neben der öffentlichen Darstellung der Arbeit und der Entwicklung gemeinsamer Rahmenbedingungen für Bürgerengagement in Esslingen will das Netzwerk ESaktiv vor allem den

Aufgabenverteilung in der Verwaltung

Stabsstelle Bürgerengagement (Amt für Sozialwesen)

- Sicherstellung der Rahmenbedingungen, damit sich BE in der Kommune etablieren und weiterentwickeln kann
- Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Bürgerengagements in Esslingen, Beratung von Vereinen, Institutionen zum Thema BE
- Organisation und konzeptionelle Entwicklung der Bürgerhäuser
- Geschäftsführung des Netzwerkes ESaktiv und des BE-Plenums
- Öffentlichkeitsarbeit zur Etablierung von BE im Gemeinwesen
- Ansprechpartner auf Stadt-, Landkreis-, Landes- und Bundesebene zu Fragen des BE in Esslingen
- Erschließung neuer Potentiale für Bürgerengagement
- Leitung/Koordination bestehender Initiativen und Agenda-Gruppen
- Erstellung von Publikation über BE- Angebote
- Weiterentwicklung der Anerkennungskultur

Bürgerreferentin, Büro OB

- Strategische Beteiligung bei der Weiterentwicklung des Bürgerengagements
- Strategische Beteiligung bei übergeordneten Gremien/ Aktionen des Bürgerengagements (Part Lokale Agenda 21)
- Pflege der Anerkennungskultur

Esslinger Aktivbüro, Hauptamt

- Wegweiserfunktion für Bürgerschaftliches Engagement
- Organisatorische Unterstützung der Agenda-Gruppen
- Mitwirkung bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen/ Veranstaltungen
- Anmelde- und Versandaktionen im Bereich Bürgerengagement

Austausch der Engagierten untereinander fördern. Zu diesem Zweck wird alljährlich eine übergreifende Fortbildungsreihe angeboten. Die Themen sind so gewählt, dass sowohl Vereinsvertreter wie Engagierte in Selbsthilfegruppen, der Lokalen Agenda, BE-Gruppen, im Jugendgemeinderat oder in den Migrantenorganisationen angesprochen werden und sich in den einzelnen Veranstaltungen begegnen und näher kennenlernen. Erstmals wurde 2010 eine neu konzipierte Kursreihe zum Einstieg ins Engagement angeboten. Auch hier ist es das vorrangige Ziel, als Netzwerk-Knoten zu agieren und Engagierte je nach Interesse für unterschiedlichste Handlungsfelder zu begeistern.

Durch die verstärkte Kooperation im Netzwerk ESaktiv entstanden auch häufiger gemeinsame Aktivitäten innerhalb der Kommune. Im Rahmen der Würdigung des bürgerschaftlichen Engagements wurde zum Beispiel 2006 damit begonnen, für die Mitglieder der Agenda-Gruppen und die Aktiven aus den BE-Gruppen im Forum Esslingen eine gemeinsame Jahresabschlussfeier zu organisieren, an der auch der Oberbürgermeister regelmäßig teilnimmt. Neben der Bündelung von Ressourcen stand auch hier wieder die Idee der Schaffung eines Begegnungs- und Austauschrahmens im Vordergrund. Im Lauf der Jahre wurden verschiedene weitere Gruppen zu dieser Veranstaltung eingeladen. 2010 wurde diese Veranstaltung mit der Gründung des „BE-Plenums“ verbunden.

Ein drittes Bürgerhaus wurde 2006 seiner Bestimmung übergeben. Unter Nutzung der Impulse aus dem Bundesprogramm „Soziale Stadt“ gelang es hier erstmals, eine hauptamtliche Stelle (50%) einzurichten, die im Stadtteil die Gründung von Initiativen unterstützt (Gemeinwesenorientierung/weitere Förderung der Stadtteilarbeit). Diese Fachkraft ist auch für die Koordination der Aktivitäten im Haus sowie für die Vernetzung der Akteure im Stadtteil verantwortlich. Die erfolgreiche Bewerbung um Aufnahme in das Bundesprogramm Mehrgenerationenhäuser ermöglichte die weitere Aufstockung dieser Stelle für die Programmlaufzeit. Das Haus hat sich im Stadtteil mittlerweile fest etabliert, die hauptamtliche Kraft ist Mitglied im Netzwerk ESaktiv.

Im Rahmen einer Organisationsentwicklung im Amt für Sozialwesen wurde auch die kommunale Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements neu positioniert. 2009 wurde dieses Aufgabengebiet unter der Bezeichnung „Stabsstelle Bürgerengagement und Senioren“ direkt bei der Amtsleitung angesiedelt. Im gleichen Jahr wurde durch eine weitere Umstrukturierung auch die Zuständigkeit für die Agenda-Gruppen neu geregelt. Wesentliche Teile der Gesamtsteuerung wurden dabei an die Stabsstelle BE übertragen, die fachliche Begleitung der Gruppen erfolgt durch die jeweiligen Fachämter oder andere geeignete kommunale Ansprechpartner.⁴ Damit wurden die par-



Mitglieder des BE-Plenums beim Gründungstreffen

allel laufenden Handlungsstränge von BE und Lokaler Agenda 21 endgültig in einer gemeinsamen Struktur zusammengeführt.

Die neu abgestimmte Aufgabenverteilung zwischen der Stabsstelle BE, dem Büro des Oberbürgermeisters und dem Esslinger Aktivbüro (zugehörig zum Hauptamt) ist in der Abbildung links dargestellt.

Mit der Neuorganisation der Zuständigkeiten wurde auch die weitere Vernetzung der Engagierten selbst erneut in den Blick genommen. Dabei erschien es sinnvoll, die bisherigen Projektleitersitzungen der Lokalen Agenda 21 in ein größeres „BE-Plenum“ zu überführen, das auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Engagement-Bereiche einbezieht, insbesondere die 21 Gruppen, die im „Forum Esslingen“ ihre Heimat haben. Dieses BE-Plenum wird sich künftig zweimal pro Jahr treffen. Ziel ist es auch hier wieder, Berührungspunkte zu identifizieren und Kooperationen anzustoßen, wo immer dies sinnvoll erscheint. Es soll neben der Informationsweitergabe und dem Austausch auch die Diskussion übergreifender Fragen des BE aus der Sicht der Betroffenen voranbringen. Anknüpfend an die bereits länger bestehende gemeinsame Festkultur in Form einer Jahresabschlussfeier wird eines der beiden jährlichen Treffen weiterhin mit einem Fest verbunden werden, zu dem alle Aktiven aus den beteiligten Gruppen eingeladen sind. Im September 2010 fand das erste Treffen dieses neuen Gremiums statt, der Schwerpunkt lag auf der gegenseitigen Vorstellung der Arbeitsschwerpunkte. Bereits hier wurden Ansatzpunkte für Kooperationen deutlich.

Wie beim Netzwerk ESaktiv wird davon ausgegangen, dass sich dieses Plenum weiter entwickelt und aus der gemeinsamen Arbeit auch neue Impulse entstehen. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass der Teilnehmerkreis noch wachsen wird, weitere Gruppen haben Interesse an einer Mitarbeit bekundet oder wurden von den Beteiligten am Gründungstreffen als potenzielle Teilnehmer benannt.

Verwaltungsintern hat sich 2010 eine Arbeitsgruppe gebildet, die den Auftrag hat, die Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements in Esslingen zu überprüfen und zu bilanzieren. Auf dieser Grundlage sollen geeignete Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des bürgerschaftlichen Engagements in Esslingen formuliert werden. Der Blick richtet sich dabei vor allem auf die Voraussetzungen, die in den kommenden Jahren erfüllt sein müssen, um das bürgerschaftliche Engagement noch attraktiver zu gestalten und weitere Einwohner für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen.

Nach der Vorlage einer ersten Bilanz ist die Arbeitsgruppe derzeit damit beschäftigt, einen Entwurf für „Leitlinien des Bürgerschaftlichen Engagements“ in Esslingen zu entwickeln, der Grundlage für eine breit angelegte Diskussion dieses Themas mit allen Akteuren sein wird.

Der Blick zurück bestätigt, dass es richtig war, von Beginn an auf Kooperation zu setzen, Engagierte zu Beteiligten zu machen und den Aufbau von Netzwerken zu fördern. Die kommunale Stabsstelle Bürgerengagement war dabei immer eine treibende Kraft. Sie wird von allen Beteiligten als zentrale Schaltstelle akzeptiert, die in der Lage ist, koordinierend zu wirken. Die Träger von Engagement und die Engagierten selbst haben wesentlich vom Erfahrungsaustausch profitiert, manches neue Projekt ist auf diesem Weg entstanden. Einiges wurde von den Netzwerkpartnern gemeinsam realisiert; ein Träger alleine hätte es nie auf den Weg bringen können.

Die gemeinsamen Fortbildungsangebote für Engagierte aus unterschiedlichsten Bereichen haben den Wissenstransfer und das gegenseitige Verständnis für die Rahmenbedingungen in verschiedenen Engagementformen und -feldern befördert. Das gemeinsame Auftreten der Netzwerkpartner hat die öffentliche Wahrnehmung des Themas „Bürgerengagement“ in Esslingen unterstützt. Die jetzt begonnene Diskussion von Leitlinien für bürgerschaftliches Engagement in Esslingen wird mit großer Wahrscheinlichkeit dazu beitragen, einen weiteren Schritt voran zu kommen auf dem Weg zu gemeinsamen Standards für Engagement und Engagementförderung in Esslingen.

Spannend wird es sein, wie sich ein weiterer Rückblick in zehn Jahren gestaltet. Wird es möglich sein, auch dann wieder das „Näher-Aneinander-Rücken“ verschiedener Handlungsstränge zu konstatieren? Wie weit wird es bis dahin zum Beispiel gelingen sein, engere Kooperationen zwischen dem mittlerweile nicht mehr ganz so jungen „Neuen BE“ und den Engagierten in den traditionellen Vereinen zu erreichen? Welche neuen Handlungsfelder und Beteiligungsformen werden in der Zeit nach Stuttgart 21 entstanden sein, und wie eng sind diese verknüpft mit dem, was hier als bürgerschaftliches Engagement beschrieben wird?

WOLFGANG KIRST, AMT FÜR SOZIALWESEN,
STABSSTELLE BÜRGERENGAGEMENT

¹ Mit verschiedenen Veränderungen der Aufgabenschwerpunkte ist aus der kommunalen Altenhilfe-Fachberatung zunächst die Stelle der Beauftragten für Senioren und Bürgerengagement (2006) und dann die Stabsstelle Bürgerengagement und Senioren (2009) entstanden. Im weiteren Verlauf des Artikels werden die chronologisch gültigen Amts- und Stellenbezeichnungen verwendet.

² Von Beginn an wurde z. B. ein regelmäßiger „Bürodienst“ der im Haus beheimateten Gruppen organisiert. Dieser sorgt dafür, dass das gemeinsame Büro im Haus täglich zu festgelegten Zeiten besetzt ist.

³ Externe Partner sind derzeit Vertreterinnen und Vertreter der Selbsthilfegruppen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, der Jugend, BE-Gruppen im Forum Esslingen, Lokalen Agenda 21, Freiwilligenagentur, des Mehrgenerationen- & Bürgerhauses sowie des Stadtseniorenrates. Kommunale Partner im Netzwerk sind neben der Stabsstelle Bürgerengagement und der Bürgerreferentin im Büro des Oberbürgermeisters, die Frauenbeauftragte, der Referent für Migration und Integration, die Koordinierungsstelle Umweltschutz sowie Mitarbeiter aus dem Kulturreferat und dem Schul- und Sportamt, die dort für die Unterstützung der Vereine zuständig sind. (Stand Jan. 2011)

⁴ z. B. Leitung städtischer Verkehrsbetrieb für die ÖPNV-Gruppe (Öffentlicher Personennahverkehr)

Das Beispiel Schwäbisch Gmünd ENGAGEMENT- FÖRDERUNG – AUS DER PRAXIS



Im Juni 2010 wurde in Schwäbisch Gmünd als Baustein einer Gesamtkonzeption zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eine Stabsstelle direkt beim Oberbürgermeister eingerichtet. Anlaufstellen für bürgerschaftliches

Engagement gab es zwar in der Verwaltung auch schon zuvor und die bürgerschaftlich Engagierten wurden auch bisher schon betreut, allerdings mit unterschiedlichem Aufwand und nicht mit der gleichen Qualität. Außerdem versprach man sich durch eine bessere Koordination der Akteure verbesserte Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement in der Stadt.

Ziel der Stadt Schwäbisch Gmünd ist es, den Entwicklungsschritt von der Ordnungsgemeinde über die Dienstleistungsgemeinde hin zur aktivierenden Kommune fortzusetzen. Die Ressource des aktiven Bürgers, der sich in die kommunale Gesellschaft einbringt, ist ein hoch einzuschätzendes Gut. Entscheidungen werden unter Einbindung von Bürgern getroffen, Projekte werden gemeinsam mit Bürgern und deren aktivem Engagement vorangetrieben. Damit dies gelingt, ist es notwendig, verwaltungsintern Strukturen zu bilden, die Transparenz für die Engagierten schaffen und fähig sind, Hindernisse für den Erfolg von bürgerschaftlich getragenen oder gestützten Vorhaben schnell zu beseitigen.

Schwäbisch Gmünd hat hierzu verwaltungsintern eine sogenannte Fachgruppe für bürgerschaftliches Engagement gebildet, in der sich die betroffenen Fachämter regelmäßig treffen. Die Fachgruppe agiert dabei nach festgelegten Zielsetzungen, die für eine effektive Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als notwendig erachtet wurden:

ALLES AUS EINER HAND

Ehrenamtlich Engagierte haben feste Anlaufstellen: Der Sportverein wendet sich an das Amt für Bildung und Sport, die kulturtreibenden Vereine an das Kulturbüro und der sozial Engagierte an das Amt für Familie und Soziales. Bei diesen Anlaufstellen erhalten die Hilfesuchenden alle Leistungen, auch wenn diese originär von anderen Fachämtern bearbeitet werden. Der Kon-



Ein neuer Spielplatz als generationenübergreifendes Projekt

takt mit der Verwaltung wird für den Ehrenamtlichen dadurch sehr effektiv, außerdem erhält der Mitarbeiter des betroffenen Amtes eine engere Bindung zum Engagement in seinem Zuständigkeitsbereich.

RESSOURCENMANAGEMENT

Bisher beschafften die Fachämter über das dezentrale Ressourcenmanagement in Eigenverantwortung Hilfsmittel zur Erfüllung der alltäglichen Aufgaben – vom Faltpavillon über Moderationskoffer bis hin zu Werkzeugen, Laptops und Beamern. Damit einher geht die dezentrale Verwaltung vorhandener Räumlichkeiten. Nun sorgt eine softwaregestützte Verwaltung dieser Ressourcen für mehr Transparenz und Effektivität. Andere Fachämter erhalten Einblick, die Buchung erfolgt jedoch durch das Amt. Die Ressourcen stehen zunächst allen Ämtern, in einem weiteren geplanten Schritt aber auch den Vereinen zur Verfügung, die dann auch ihre Ressourcen einbringen können.

EINSATZ DER BÜRGERSTIFTUNG

Mit der Bürgerstiftung ist künftig ein weiteres Instrument zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements verfügbar. Temporär aktive Initiativen können leichter Spenden sammeln, Spendenquittungen können zügig ausgestellt werden. Dabei werden die Projekte dem Stiftungsvorstand vorgestellt, der dann entscheidet, ob das Sammeln übernommen wird. Seit Sommer 2010 wurden bereits drei Projekte gestartet: der Bau eines Modells der Johanniskirche, die Restaurierung von vier stadtbildprägenden Stationskreuzen und die Sanierung eines Denkmals auf dem Leonhardsfriedhof.

ENGAGEMENT SICHTBAR MACHEN – VORBEREITUNGEN STADTJUBILÄUM

Identitätsstiftend für Schwäbisch Gmünd verlaufen seit Herbst 2010 die Vorbereitungen für die Jubiläumsfeier „850 Jahre Stadt Schwäbisch Gmünd“ im Jahr 2012. Im Rahmen der Staufersaga (Theaterstück) und des Stauferzugs (Umzug) entwickelte sich ein außergewöhnlich starkes bürgerschaftliches Engagement – ob in der Gewandmeisterei mit über 60 Aktiven, der Rüstmeisterei mit ca. 50 Teilnehmern oder auch bei der Sammlung von Kleidern, Stoffen, Pelzen und Leder. Es gingen so viele Spenden ein, dass die Lagerkapazitäten in kürzester Zeit erschöpft waren und neue Räumlichkeiten gesucht werden mussten.

KOORDINIERTES ENGAGEMENT- FÖRDERUNG

Im § 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg heißt es: „Die Gemeinde fördert in bürgerschaftlicher Selbstverwaltung das gemeinsame Wohl ihrer Einwohner und erfüllt die ihr von Land und Bund zugewiesenen Aufgaben.“ Was aber ist das gemeinsame Wohl der Einwohner? Wie kann das Engagement der Bürgerinnen und Bürger dazu beitragen? Je bunter und differenzierter die kommunale BE-Landschaft ist und noch werden wird, um so notwendiger ist es für die Städte, eine Vorstellung, ja vielleicht sogar eine mit allen Akteuren abgestimmte Strategie zu entwickeln. Den Kommunen kommt dabei die zentrale Rolle zu.

SCHWÄBISCH GMÜND AUF DEM WEG ZUR KOORDINIERTEN ENGAGEMENTFÖRDERUNG

Ich konnte in Schwäbisch Gmünd auf die Vorerfahrungen aus meiner Tätigkeit in Ulm aufbauen. Einige Beispiele:

Die Urzelle für bürgerschaftliches Engagement war die Einrichtung KORN. Sie war ursprünglich sehr breit angelegt als Koordinationsstelle für den Gesundheits- und Sozialbereich zwischen Selbsthilfe und Profisystem, stationärer und ambulanter Versorgung und als Informations- und Anlaufstelle für Bürger in einer Region mit zwei Städten, zwei Landkreisen und einer Universitätsklinik.

Seit 1997 gibt es in den fünf Stadtteilen Böfingen, Eselsberg, Mitte-Ost, Weststadt-Söflingen und Wiblingen regionale Planungsgruppen. Dort können die Bewohner ihre Vorstellungen äußern; sie arbeiten mit der Verwaltung und der Politik Hand in

Hand. Die Arbeit wird von hauptamtlichen Stadtteilkoordinatoren unterstützt. Die finanziellen Ressourcen für das Vorhaben „Staufersaga“ sind knapp bemessen. Die Einbindung von Unternehmen und deren Know-how ist für die Organisation deshalb von großer Bedeutung. So hat sich die Firma Voestalpine-Polynorm spontan dazu bereiterklärt, Teilbereiche der Helmproduktion zu übernehmen. Damit erweitert sich das Portfolio des Unternehmens vom Kotflügel für Premium-Sportwagen bis zur historisch korrekten Ausstattung von Rittern, Sarazenen und der Stadtwache. Es zeigt sich, dass Spaß und Freude sehr starke Motivationsgründe für bürgerschaftliches Engagement sind.

ALEXANDER KROLL,
STABSSTELLE BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Hand. Die Arbeit wird von hauptamtlichen Stadtteilkoordinatoren unterstützt.

Das heutige Ulmer Dialogmodell der Gemeinwesenarbeit ist ein kommunales Strukturmodell zur Umsetzung der Bürgergesellschaft in einer Stadt und zur dezentralen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (BE). Zu Beginn der 90er Jahre aus der Jugendhilfeplanung heraus entstanden, entwickelte es sich dynamisch unter der Beteiligung aller Akteure aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung weiter.

In Schwäbisch Gmünd nun war die Funktion des Leiters des Amtes für Familie und Soziales mit der Vertretung in einer Steuerungsgruppe für BE – gemeinsam mit fünf anderen großen Sozialträgern, die im Bereich BE tätig sind – verbunden. Dieser

Schwäbisch Gmünd

Vorerfahrungen zum Thema „Koordinierte Engagementförderung“

- 1988 - Ziel: Aufbau einer Koordinationsstelle Regionales Netzwerk – KORN: **Koordinations-Anlauf- und Vermittlungsstelle** für Menschen, zwischen Bereichen (z.B. zwischen gesundheitlicher Selbsthilfe und Ärzten); Ergebnis: Einrichtung eines Selbsthilfebüros (gefördert von den Selbsthilfegruppen) Koordination durch eine Universität in Kooperation mit Selbsthilfegruppen (über Vereinsvorstand)
- 1997 - Dialogmodell der Gemeinwesenarbeit zur dezentralen Förderung des BE in einer Stadt mit Hilfe von **Gesamtkoordination und Stadtteilkoordination** durch städtische Mitarbeiter, Koordination (einschließlich bürgerschaftlichem Diskurs) durch eine Kommune auf der Grundlage eines Gemeinderatsbeschlusses
- 2005 - Konkurrenz in Sachen Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche zwischen Wohlfahrtsverbänden einerseits und einer Volkshochschule in Kooperation mit einer Freiwilligenagentur andererseits **Vermittlung, Abstimmung und Ergänzung** der Angebote durch Stabsstelle BE
- 2008 - **Kooperation** im Bereich des BE im Sozialbereich von verschiedenen Trägern in Schwäbisch Gmünd Koordination durch einen Wohlfahrtsverband



„Generationaktiv“ genannte Verbund war bereits der zweite Anlauf in Gmünd, ein solches Netzwerk bzw. eine solche Koordination des Bürgerschaftlichen Engagements zu begründen. Dieses Netzwerk scheiterte jedoch nach Auffassung aller Beteiligten, weil die Vernetzung „vorgegeben“ wurde und im übrigen nicht dem damaligen Wunsch und Bestreben der beteiligten Institutionen im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements entsprachen hatte.

Generationaktiv als Projekt

- wurde 2006-2008 von der Robert-Bosch-Stiftung finanziell gefördert,
- hatte eine hauptamtliche Projektleitung und einen Wohlfahrtsverband als Antragssteller und Projektträger,
- wurde an fünf Schulen, in 15 sozialen Organisationen und vier Unternehmen durchgeführt,
- ließ neue Einrichtungen entstehen, die sogenannten Generationenbüros in Ortschaften und
- verfügte über eine Begleitforschung durch das ZZE.

Die Ziele waren eine systematische Förderung bürgerschaftlichen Engagements von Menschen ab 50 bzw. der Aufbau von entsprechenden Strukturen im Raum Schwäbisch Gmünd. Insbesondere

sollten ehrenamtliche und entlohnte Tätigkeiten (Service Plus für Menschen über 50) angeboten und Motivation und Zufriedenheit der Ehrenamtlichen, das Miteinander der Generationen, die positive Wahrnehmung des Alters, soziale Beziehungen und Netze der Unterstützung sowie öffentliche Anerkennung von sozialem Engagement gefördert werden.

Die Stärken-Schwächen-Analyse war die Grundlage für einen erneuerten Anlauf in Gmünd, zu einer koordinierten Engagementförderung zu gelangen.

Am Beginn stand die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Stadt. Daran wirkten mit: das Bürgermentorennetzwerk, die Kirchen, die Stadtverbände Musik und Gesang, die Wohlfahrtsverbänden, Seniorenrat, Stadtjugendring, Integrationsrat, Lokale Agenda, Aktion Familie, Frauenforum, die Teilnehmern an den drei von Generationaktiv gebildeten Arbeitsgruppen: Schulen, Unternehmen, Gemeinwesenarbeit/Stadtteilarbeit und verschiedene andere.

Die Stärken-Schwächen-Analyse

generationaktiv	
Stärken	Schwächen
Das Bewusstsein und die Notwendigkeit eines Netzwerks für Bürgerschaftliches Engagement in der Stadt wurde geschaffen.	Der konzipierte Ehrenamtspool lief nicht.
Neue BE-Themen wurden angegangen wie z.B. Entlohnung des Ehrenamts oder unternehmerisches Engagement (CC) Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen wurden gebildet: • Schulen • Unternehmen • Gemeinwesenarbeit / Stadtteilarbeit Diese Arbeitsgruppen führten gemeinsame Aktionen durch. Sie bilden eine gute Basis für die Weiterarbeit und sind ausbaufähig.	Eine durchgängige Anerkennungskultur für die Stadt wurde nicht geschaffen. Es erfolgte keine Öffnung für weitere Kooperationspartner. Van Anfang an war hinderlich, dass dieses Projekt, gefördert von der Robert-Bosch-Stiftung, auf die Gmünder Strukturen des BE aufgesetzt wurden und deshalb vom Projektträger nicht wahrgenommen wurde, was bereits da war bzw. lief.
Eine gute Öffentlichkeitsarbeit wurde gemacht (wenn auch etwas Projektträgerlastig). generationaktiv wurde öffentlich wahrgenommen.	Ein fertiges Konzept des Projektträgers musste / sollte umgesetzt werden, d.h.: der Projektantrag, der ohne Beteiligung erstellt wurde, sollte umgesetzt werden.
Es wurden alle an einen Tisch gebracht um sich kennenzulernen.	Der Projektträger verfügte über alle finanzielle Ressourcen.
Bausteine für die Weiterarbeit liegen vor.	Beteiligte waren der Meinung, dass es das doch schon gab (Gmünd aktiv als Vorläufer von generationaktiv). Die sehr offensive Vorgehensweise des Projektträgers schreckte manche ab.

Sie erarbeiteten in einem Workshop Empfehlungen, die dann in Workshop II den Vertretern der Verwaltung zur Bearbeitung vorgelegt wurden, die immer wieder mit BE zu tun haben – vom Ordnungsamt, Schul- und Sportamt, Kulturbüro, Stadtplanungsamt, Baubetriebsamt, Frauenbeauftragte, Integrationsbeauftragte bis hin zum Amt für Familie und Soziales. Ergebnis war das Konzept „Hand in Hand für Gmünd“. Wesentliche Inhalte:

- Vernetzung der Organisationen, die mit Engagierten arbeiten; koordinierte Informationsarbeit; Qualifizierung/Fortbildung der freiwillig Tätigen; Monitoring/Steuerung; Stabilisierung von ehrenamtlich tätigen Institutionen; Anerkennung der bürgerschaftlichen Arbeit durch bestimmte Leistungen/ Vergünstigungen; Erarbeitung einer Geschäftsordnung bzw. von Leitlinien,

- Erfahrungsaustausch auf verschiedenen Ebenen
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit über Termine, Inhalte, Ergebnisse und Angebote im BE-Bereich
- Anbindung an die Verwaltung (wird im Folgenden dargestellt)
- Synergien herstellen, einheitliche Sozialräume definieren und
- Freiwillige gewinnen

Bemerkenswert war, dass die Teilnehmer der beiden Workshops sehr ähnliche Einschätzungen, Meinungen zu den durch die Analyse vorgegebenen Themen hatten.

DIETER LEHMANN,
LEITER DES SOZIALAMTS

KOORDINIERTE ENGAGEMENTFÖRDERUNG IN GEMEINDEN

Die derzeit 123 Städte und Gemeinden im Gemeinденetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg fördern bürgerschaftliches Engagement auf sehr unterschiedliche Weise.

Dies ergibt sich aus der heterogenen Struktur der Mitglieder: Gemeinden im ländlichen Raum, Kleinstädte, Städte mit mehreren Orts-/Stadtteilen, unterschiedlichen Strukturen und Einwohnerzahlen, Lage und historischer Entwicklung. In einer der kleinsten Gemeinde erledigen einschließlich Bürgermeister fünf Personen die tägliche Arbeit im Rathaus, in der größten Mitgliedsstadt sind es einige hundert. All das sind Gründe, um auch bei der Engagementförderung eigene Wege zu finden.

Eine Umfrage im Gemeinденetzwerk 2010 ergab nicht nur sehr unterschiedliche Vorgehensweisen, sondern auch individuelle Lösungen, die sich an den örtlichen Gegebenheiten orientieren. Rückmeldungen ergaben folgende Kategorien:

Kategorie 1: Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin ist Hauptansprechpartner/in für bürgerschaftliches Engagement. Hier werden Projekte initiiert, koordiniert und gemeinsam mit der Verwaltung organisiert (21 Nennungen).

Kategorie 2: Bürgermeister/in und Amtsleitung (vorwiegend Hauptamt) sind Hauptansprechpartner für BE. Dabei übernimmt der/die Bürgermeister/in hauptsächlich repräsentative Aufgaben,

während die verwaltungsinterne Koordinierung und Organisation durch die Amtsleitung erfolgt (28 Nennungen).

Kategorie 3: Amtsleiter sind die Hauptansprechpartner. Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist für sie ein Aufgabenbereich von vielen. Koordination, Organisation und repräsentative Aufgaben werden durch die Amtsleitung übernommen. Dies erfolgt in Absprache mit dem Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin (9 Nennungen).

Kategorie 4: Eine Fachkraft für Bürgerschaftliches Engagement wird eingesetzt. Diese übernimmt die Aufgabe nicht zusätzlich zu einer anderen Verwaltungstätigkeit (45 Nennungen).

Kategorie 5: BE wird in den einzelnen Ressorts der Verwaltung je nach Thema eigenständig organisiert. Eine Koordination innerhalb der gesamten Verwaltung findet nicht statt (8 Nennungen).

JANINE BLISTLE,
FACHBERATUNG GEMEINDENETZWERK



Heidenheim

ICH FÜR UNS: MEHR ALS GEORDNETES ENGAGEMENT



Für eine der jüngsten Städte im Städtenetzwerk ist koordinierte Engagementförderung ein gewichtiges und gleichzeitig hochaktuelles Thema. Ich bin stolz auf die Entwicklung, die Heidenheim im Bürgerengagement in den letzten anderthalb Jahren gemacht hat.

Im März letzten Jahres wurde in Heidenheim die kommunale Anlaufstelle für Bürgerengagement erstmalig personell besetzt. Dem voraus ging eine Arbeitsgruppe, die eine umfangreiche Konzeption für die Einrichtung dieser neuen Position erstellte. Wir gehören zu den ersten Städten in Baden-Württemberg, die eine solche Konzeption vorweisen können, und wir haben uns auch einige Städte im Städtenetzwerk angeschaut, um bestehende Erfolgsfaktoren in das Heidenheimer Modell einfließen zu lassen.

Ausgangspunkt für die Konzeption war 2008 der Fachtag „Generationengerechte Stadt“ und der Wunsch, eine Arbeitsgruppe aus Freiwilligen, Organisationen und Verwaltung zu bilden, die sich mit einer für Heidenheim zugeschnittenen Lösung beschäftigt. Ergebnis war ein stimmiges und gut recherchiertes fundiertes Konzept, von dem ich mich dann auch überzeugen ließ. Demografische Entwicklung, Generationen verbinden, die Suche nach sinnstiftenden Tätigkeiten, die Bürger wieder stärker in die Verantwortung für soziale Gerechtigkeit nehmen – dies sind alles Aspekte, die mir einleuchtend erschienen. Professionell strukturiertes Bürgerengagement als ein Baustein, um Kommunen zukunftsfähig zu machen, unser strategisches Handlungsfeld, „die generationengerechte Stadt“ mit Leben füllen: Ehrlich gesagt war ich skeptisch. Ehrenamt, das sind doch die Vereine, die werden von der Verwaltung unterstützt und dort findet das Thema dann statt, dachte ich. Heidenheim hat eine sehr lebendige Vereinslandschaft. Bei rund 48.000 Einwohnern haben wir über 300 Vereine und 300 weitere Organisationen, die unterschiedlichste Formen von Engagement aufweisen. Eine solide Basis. Seit März letzten Jahres habe ich begriffen, dass es mehr gibt, als das „geordnete Engagement“, dass es neue Räume geben muss, damit sich Menschen im Engagement auch ausprobieren können.

Da werden zum Beispiel arbeitslose Jugendliche von einer bunten Gruppe von Freiwilligen betreut, in den Räumen eines Heidenheimer Unternehmens mit der Unterstützung des Job-

Centers. Eine Kombination, die so in keinem Lehrbuch steht, aber dennoch höchst erfolgreich ist. Vier von sechs Jugendlichen wurden innerhalb eines halben Jahres in Ausbildung, zwei in eine weiterführende Schule gebracht. Die Jugendlichen erfahren dort durch die Freiwilligen Wertschätzung und professionelle Betreuung. Alle Freiwilligen haben einen wirtschaftlichen Hintergrund.

Oder ein zweites Beispiel: ein Filmprojekt mit einem Heidenheimer Senior und einer Gruppe Punker in Zusammenarbeit mit dem Jugendreferat. Dort verändern sich Sichtweisen und Einstellungen zwischen und innerhalb der Generationen.

30 Freiwillige engagieren sich in dem Projekt „Ich für Heidenheimer Schulen“. 30 weitere Freiwillige unterstützen zum ersten Mal Organisationen in Heidenheim. So berät derzeit etwa eine junge Journalistin die Diakonie in Sachen Marketing und Pressearbeit – auf Zeit, versteht sich.

Alle diese Menschen wurden durch „Ich für uns“ zusammen gebracht. So heißt die Heidenheimer Koordinierungsstelle. Der Name ist Programm geworden und ich hoffe, dass er der Grundstein für ein neues Selbstverständnis in der Bevölkerung ist. Insgesamt haben schon über 150 neue Freiwillige die Koordinierungsstelle aufgesucht, viele Neuzugezogene suchen über ein Engagement auch Heimat und eine sinnvolle Freizeitgestaltung.

Vor Kurzem wurde im Gemeinderat die „Heidenheimer Charta des Bürgerengagements“ verabschiedet. Sie enthält Leitlinien für ein Miteinander der Organisationen, der Freiwilligen und der Kommune. Aus der Charta ergibt sich ein weiterer Auftrag an die Koordinierungsstelle – das Miteinander von Bürgerengagement und Verwaltung zu verbessern. Starten werden wir im nächsten Frühjahr mit einem Workshop der Fachbereichsleiter.

„Ich für uns“ ist von der Bürgerschaft gut angenommen worden und kann beachtliche Resultate und sinnstiftende Projekte vorweisen. Jetzt geht es im nächsten Schritt darum, Projekte, Ideen und neue Ansätze in der Verwaltung zu verankern. Bürgerengagement darf in Verwaltungen keine Insellösung sein, sondern muss sich harmonisch und selbstverständlich in den einzelnen Ämtern, Dezernaten oder Fachbereichen wiederfinden.

BERNHARD ILG,
OBERBÜRGERMEISTER DER STADT HEIDENHEIM



Ravenstein

DER BÜRGERMEISTER ALS HAUPTANSPRECHPARTNER UND KOORDINATOR



Die Stadt Ravensstein (Neckar-Odenwald-Kreis) hatte am 31.12.2010, 2.946 Einwohner, verteilt auf sechs Stadtteile, zwei Weiler und 29 Anwesen auf einer Gemarkung mit 5.599 Hektar. Jeder Ravenssteiner ist statistisch gesehen in rund 1,8 Vereinen Mitglied. Ergänzt wird diese Statistik durch ein reges, pulsierendes Leben in den Kirchen- und Pfarrgemeinden.

Erste Anfänge des bürgerschaftlichen Engagements (BE) über die genannten Aktivitäten hinaus entstanden bei der Planung und beim Bau von Vereinshäusern und Vereinsräumen. So konnte z. B. das Merchinger Schloss aus dem 16. Jahrhundert nur durch einen herausragenden Einsatz eines Fördervereins finanziert und ausgebaut werden. Im nunmehr renovierten Gebäude finden Veranstaltungen der Stadt, der Vereine und eines Dienstleistungsbetriebs statt, der mit bürgerschaftlichem Engagement als eingetragener Verein geführt wird. Ein im letzten Bauabschnitt eingerichtetes Hotel rundet das Angebot ab.

Dieses Beispiel für bürgerschaftliches Engagement wurde beim Bau oder bei der Modernisierung von öffentlichen und kulturellen Räumlichkeiten in anderen Stadtteilen zum Vorbild genommen. Vorreiter bei dieser Spielart des BE waren engagierte Ortsvorsteher oder rührige Vereinsvorstände.

Das Thema demographischer Wandel hat uns Ende der 1990er Jahre veranlasst, innerörtlich Bilanz zu ziehen. Insbesondere die Gebäude- und Einwohnerstruktur gaben Anlass, nachzudenken. Gebäudeleerstände und Alteingessene, deren Kinder entweder neu gebaut hatten oder familiär dem Arbeitsplatz gefolgt waren, haben uns sensibilisiert.

Mir war klar, dass diese Situation nur unter Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger in den jeweiligen Stadtteilen aufgearbeitet und nur gemeinsam mit diesen bewältigt werden kann. Gemeinderäte, Ortsvorsteher und Ortschaftsräte konnten von den fast grenzenlosen Möglichkeiten einer Dorf-Flurneuordnung überzeugt werden. In fünf von sechs Stadtteilen sind wir mit den Teilnehmern (Grundstückseigentümer), dem TG-Vorstand, den Ortschaftsräten und wirklich engagierten „Kümmerern“ der Flurbereinigungsverwaltung unterwegs. Wir wollen mit dem

Instrument der Dorf-Flurneuordnung unsere Stadtteile in einem Zeitraum von zehn bis zwölf Jahren zukunftsfähig machen. In „Küchentischgesprächen“, Arbeitskreisen und wiederkehrenden Infoveranstaltungen wurden und werden Wünsche geäußert, Angebote gemacht und Ziele definiert, aber auch die Grenzen des Machbaren aufgezeigt.

Ich habe den Eindruck, die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen sich überhaupt erstmals mit der Situation in ihrer Heimatgemeinde und ihrem Wohnumfeld.

Innerörtliche Potenziale sind für mich nicht nur die Nutzung brachliegender oder umzuwandelnder Flächen oder Gebäude, sondern in erster Linie das vielfältige Meinungsbild und das zukunftsfähige, zielführende Mitgestalten aller Einwohner an ihrem Heimatort. Über die Arbeitskreise, denen naturgemäß zunächst nur die örtliche Sichtweise anhaftet, wollen wir aus der Mitte der Einwohner ein Netzwerk für und über die Gesamtstadt erarbeiten lassen, das allen Ravenssteinern einen Nutzen bringen kann. Für mich war und ist es immer noch eine wertvolle Erfahrung, quasi durchs Fenster, von außen, betrachten zu können, wie Mitmenschen, Alte und Junge sich ihre Zukunft in ihrem Heimatort vorstellen.

Wir müssen in unseren Städten und Gemeinden im ländlichen Raum, näher zusammenrücken. Dabei bieten sich enorme Möglichkeiten, die bei Weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Ich habe versucht, dafür die Instrumente zu beschaffen.

Meine Aufgabe war und ist es, die unterschiedlichen Gesprächspartner an einen Tisch zu bringen, positive Rahmenbedingungen für konstruktive Gespräche vorzuhalten und allen Gelegenheit zu geben, sich zu beteiligen. Dabei muss die Balance gehalten werden, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu hören, das große Ganze nicht aus den Augen zu verlieren und die Entscheidungsträger mitzunehmen. Die Politik muss uns allerdings die Rahmenbedingungen dafür zur Verfügung stellen und auch sichern.

HORST WEBER,
BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE RAVENSTEIN

Sulz am Neckar

SACHGEBIETSLEITUNG BÜRGERDIENSTE KOORDINIERT BÜRGER-SCHAFTLICHES ENGAGEMENT



Sulz am Neckar liegt malerisch im Neckartal.

gierten Menschen die Rahmenbedingungen verbessert werden, andererseits den an einem bürgerschaftlichen Engagement Interessierten aber auch die Möglichkeit eröffnet wird, sich tatsächlich einzubringen. In Sulz am Neckar gilt der Leitsatz: Kommunikation des bürgerschaftlichen Engagements stärken und ausbauen!



Die Stadt Sulz am Neckar (12.842 Einwohner) im Landkreis Rottweil ist seit 2008 Mitglied im Gemeindeforum Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg und beschäftigt sich seither mit diesem Thema.

Der Bereich Bürgerschaftliches Engagement ist in Sulz am Neckar dem Sachgebiet „Bürgerdienste“ zugeordnet, welches das Ordnungs- und Standesamt sowie das Bürgerbüro umfasst. Dieses Amt ist Anlaufstelle für bürgerschaftliches Engagement. Es hat die Aufgabe, lokale Aktivitäten zu fördern, zu begleiten und zu vernetzen sowie neue Impulse zu setzen.

In Sulz ist keine Fachkraft für bürgerschaftliches Engagement angestellt; diese Aufgabe wird zusätzlich zu den amtseigenen Aufgaben mit dem vorhandenen Personal bewältigt.

Bürgerschaftliches Engagement ist sowohl in der Kernstadt als auch den neun Stadtteilen stark vorhanden. Es gilt also, es so zu fördern, dass einerseits für die bereits bürgerschaftlich enga-

WAS WURDE BISHER GETAN?

Zunächst wurden die Namen und Adressen aller bürgerschaftlich Engagierten der Gesamtstadt erfasst. Sie werden seit 2010 jährlich im Rahmen einer Jahresabschlussfeier stadtteilbezogen geehrt und erhalten dann eine kleine Aufmerksamkeit. Außerdem sollen ab 2011 Informationsveranstaltungen zu bestimmten Themen, beispielsweise „Steuertipps für gemeinnützige Vereine“, organisiert werden. Zudem unterstützt die Stadtverwaltung das bürgerschaftliche Engagement durch Bereitstellung von Geräten und Materialien. Die Koordinierung dieser Aufgaben wird in Absprache mit dem Bürgermeister von der Sachgebietsleiterin der Bereichs „Bürgerdienste“ übernommen. Gleichzeitig informiert sie die Verwaltung und koordiniert gemeinsame Projekte.

SARAH VIERTEL, SACHGEBIETSLEITUNG BÜRGERDIENSTE, SULZ AM NECKAR

Ettenheim

EINSATZ EINER BE-FACHKRAFT INNERHALB DER VERWALTUNG



In Ettenheim (Ortenaukreis, 12.200 Einwohner) hat Bürgerbeteiligung mittlerweile Tradition. Bereits 1996 und 2002 wurden zwei Bürgerbeteiligungsprozesse initiiert. Damals lag der Schwerpunkt in der Gestaltung und Veränderung des Stadtbilds sowie im Bereich der Ökologie und der Erhaltung der Kulturlandschaft. Mit der erfolgreich durchgeführten Innenstadtsanierung wurde ein wichtiges Anliegen der engagierten Bürgergruppen umgesetzt.

Unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft gestalten“ begann 2009 ein neuer Bürgerbeteiligungsprozess, an dessen Auftaktveranstaltung besonders viele Neubürger teilnahmen. Dieser neue Prozess soll das Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger in Ettenheim mit neuen Impulsen bereichern und die Innenstadt weiter beleben. Parallel wurde von Jugendlichen ein Jugendbeteiligungsmodell entwickelt; Ziel war es, ihnen – alternativ zu einem Jugendgemeinderat – mehr Mitsprachemöglichkeiten bei jugendrelevanten Themen zu geben. In einem Umsetzungsworkshop stellten die engagierten Bürgerinnen und Bürger erst kürzlich ihre Projektergebnisse vor.

Auslöser für die Engagementförderung in Ettenheim war der Wechsel an der Amtsspitze. Bruno Metz wurde 1994 zum Bürgermeister von Ettenheim gewählt. Von Beginn seiner Amtszeit an war ihm die Beteiligung und Einbeziehung der Bürger ein großes Anliegen.

Zunächst war die Engagementförderung im Fachbereich „Wirtschaftsförderung & Bürgerservice“ angesiedelt. Der Fachbereichsleiter unterstützte und begleitete die Bürgergruppen und initiierte neue Projekte. 2008 wurde eine neue Teilzeitstelle (60%) „Stadtentwicklung“ geschaffen, zu deren Aufgaben die Öffentlichkeitsarbeit, fachbereichsübergreifende Projekte und das bürgerschaftliche Engagement gehören. Heike Schillinger nimmt als Diplom-Verwaltungswirtin (FH) diese Aufgabe wahr, nachdem sie davor in der BE-Modellgemeinde Seelbach die Bürger-Kommissionen begleitete. Ihr ist der direkte Kontakt zu den



Heike Schillinger, Stabsstelle Stadtentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit

Bürgern wichtig; sie werden in ihrem Engagement unterstützt, beraten und vernetzt. In Absprache mit der Verwaltungsspitze setzt sie Gründungsimpulse und initiiert Projekte, organisiert Workshops und fördert sie durch professionelle Öffentlichkeitsarbeit.

VORTEILE EINER BE-FACHKRAFT

Ein großer Vorteil liegt aus unserer Sicht in der Kontinuität und der Erreichbarkeit einer BE-Stelle in der Stadtverwaltung. Der Erfolg einer Bürgerbeteiligung hängt stark von den persönlichen Kontakten und dem Bekanntheitsgrad des verantwortlichen Mitarbeiters ab. Personelle Kontinuität und eine entsprechende fachliche Qualifikation gewährleisten, dass das bürgerschaftliche Engagement auf Dauer besteht und immer wieder mit neuen Ideen und Ansätzen belebt wird. Die BE-Fachkraft kann beratende Hilfe leisten (z.B. bei der Beschaffung von Finanzmitteln oder der Organisation von Räumlichkeiten im Rathaus für Treffen) und ist Schnittstelle zwischen Bürgermeister, Gemeinderat und Verwaltung. Die BE-Fachkraft ist im Dialog mit den Fachbereichen der Stadtverwaltung, der Jugendreferentin, dem Gemeindeforum und den örtlichen Vereinen.

BRUNO METZ, BÜRGERMEISTER DER STADT ETTENHEIM
HEIKE SCHILLINGER, STABSSTELLE STADTENTWICKLUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Die Bürger Denkingens freuen sich über ihren neuen Radweg.

Denkingen

KOORDINIERUNG DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS AM BEISPIEL BÜRGERHAUS



Das bürgerschaftliche Engagement in der Gemeinde Denkingen (Landkreis Tuttlingen, 2.502 Einwohner) hat sehr unterschiedliche Facetten. An einem Beispiel wollen wir herausstellen, wie wir bürgerschaftliches Engagement in unserer Gemeinde durch Bürgermeister und Gemeindeverwaltung koordinieren.

Die Gemeinde Denkingen betreibt ein Bürgerhaus mit einer Mediathek im bürgerschaftlichen Ehrenamt; das Team der Mediathek erhält nur eine kleine Entschädigung. Darüber hinaus findet in diesem Haus ein reges bürgerschaftliches Engagement statt – es werden Ausstellungen, Vorträge, offenes Singen für Senioren, regelmäßige Filz-kurse und vieles mehr geboten. Das Programm wird jeweils für vier Monate von einem Beirat aus bürgerschaftlich Engagierten und den Mitgliedern des Verwaltungs- und Kulturausschusses des Gemeinderats festgelegt. Die Finanzierung erfolgt durch eigene Einnahmen aus Veranstaltungen und einem festen jährlichen Zuschuss der Gemeinde.

DIE ROLLE DER GEMEINDEVERWALTUNG: ENTLASTUNG DER BÜRGERSCHAFTLICH ENGAGIERTEN

Der Bürgermeister hat den Vorsitz im Beirat Bürgerhaus inne und erledigt in der Hauptsache repräsentative Aufgaben; die gesamten finanziellen Vorgänge werden vom Hauptamtsleiter durchgeführt. Die Finanzen des Bürgerhauses werden selbstständig außerhalb des Gemeindehaushalts verwaltet. Die Engagierten organisieren die einzelnen Veranstaltungen selbstständig und führen diese auch selbstverantwortlich durch, brauchen sich aber um die Finanzen nicht zu kümmern (z.B. Abrechnung mit Referenten, Gema-Gebühren, Zuschüsse usw.).

Der Bürgermeister oder Hauptamtsleiter führt auch die Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit den bürgerschaftlich Engagierten durch. Soweit diese nicht selbst Plakate und Flyer entwerfen, übernimmt dies die Gemeindeverwaltung – wie auch die Verteilung der Werbemittel. Gleiches gilt für Presse-

mitteilungen oder die Werbung im Gemeindemitteilungsblatt bzw. auf der Homepage der Gemeinde.

Das Hauptamt der Gemeinde übernimmt weitestgehend die bürokratische Arbeit, die neben den finanziellen Abrechnungen, Suche nach Sponsoren usw. auch die Gestaltung des Programms sowie die Anmeldungen zu Kursen beinhaltet.

Der Bürgermeister lädt zu den Sitzungen des Beirats ein und bereitet die Sitzungen entsprechend vor. Er gibt dabei auch Denkanstöße und Anregungen für Schwerpunktthemen oder einzelne Programmpunkte, ohne allerdings den ehrenamtlich Tätigen Vorgaben zu machen.

Das freiwillige Engagement soll von „lästiger“ Büroarbeit entlastet werden, damit man sich möglichst auf das eigentliche bürgerschaftliche Engagement konzentrieren kann. Die Stärken des Ehrenamts sind die kreative Umsetzung eigener Ideen und die Weiterentwicklung von eigenen Gedanken. Die Stärken der Verwaltung sind die Erledigung bürokratischer Abläufe und der Öffentlichkeitsarbeit. So ergibt sich hier eine sinnvolle und bis zum heutigen Tag spannungsfreie Ergänzung.

Der Bürgermeister nimmt darüber hinaus auch im erheblichen Maße repräsentative Aufgaben für das BE wahr. Diese reichen von Eröffnungen von Ausstellungen bis zur Begrüßung von Referenten, Pressegesprächen oder Führungen durch die Einrichtung. Der regelmäßige Gedankenaustausch zwischen der ehrenamtlichen Leiterin der Mediathek, anderen Hauptakteuren des Bürgerhauses und dem Bürgermeister oder Hauptamtsleiter ist selbstverständlich. Dazu gehört auch eine Kultur der Anerkennung, die sich in vielfältiger Weise ausdrückt.

RUDOLF WUHRER,
BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE DENKINGEN,
FRANK NANN, HAUPTAMTSLEITER
DER GEMEINDE DENKINGEN, LANDKREIS TUTTLINGEN

EIN BLICK ÜBER DEN ZAUN: AUGSBURG

Augsburg ist mit 270.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt Bayerns und die Hauptstadt des Regierungsbezirks Schwaben. Was die Größe und Sozialstruktur betrifft, ist Augsburg als Industrie- und Arbeiterstadt am ehesten mit Mannheim vergleichbar.



Augsburg ist von einer über 2000-jährigen Geschichte als Freie Reichsstadt geprägt. Heute haben 41,7% (Stand Januar 2011) der Bewohner – also fast jeder zweite – eine Zuwanderungsgeschichte. Gerade deswegen ist Augsburg ein gutes Beispiel für die „Normalität der Vielfalt“, denn die Stadt hat keine gravierenden ethnisch bedingten Probleme und Konflikte, sondern teilt sich entlang der Grenzen von Milieus, Einkommensunterschieden sowie Bildungsnähe oder -ferne. Knappe, wechselnde politische Mehrheiten bestimmen seit 20 Jahren die Kommunalpolitik; katholische wie evangelische Träger sind prägend für die soziale Landschaft und Infrastruktur. Als ehemalige Hochburg der Textilindustrie im 19. und 20. Jahrhundert hat sich Augsburg inzwischen als Umwelttechnologiestandort neue Branchen erschlossen, mit Produktionsbetrieben wie KUKA, EADS und MAN sind auch international agierende „global Player“ vor Ort. Im Nordwesten der Stadt entstanden in den letzten 20 Jahren nach dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte neue Stadtteile, die den Immobilienmarkt belebten, und die Chance boten, gesamtstädtische Bedarfe (Ausweisung von Baugebieten, Kultureinrichtungen, sozialer Wohnungsbau etc.) zu bedienen.

Am 19.2.2003 gründete Augsburg als erste bayerische Großstadt mit dem „Bündnis für Augsburg“ eine Verantwortungsgemeinschaft mit dem Ziel, die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt in Augsburg zu verbessern. Die Initiative erfolgte durch den damaligen Sozialreferenten Dr. Konrad Hummel, der mit seinen Erfahrungen aus Baden-Württemberg bürgerschaftliches Engagement auf die Tagesordnung kommunaler Politik setzte.

Das „Bündnis für Augsburg“ versteht sich als Vernetzungsplattform, die aus der gemeinsamen Haltung von Engagementförderung traditionelle und neue Formen, langjährige Einrichtungen (z.B. Vereine, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Stiftungen etc.) und institutionell ungebundenen Einzelpersonen und Initiativen zusammenbringt, die Verwaltung für Bürgerengagement öffnet und die Wirtschaft im Sinne von Corporate Citizenship einbindet. Deshalb wurde das Bündnis bewusst als offene

Plattform ohne feste Rechtsform gegründet, und diese Konstruktion hat sich bewährt.

Das trisektorale Netzwerk aus Bürgerschaft, Wirtschaft und Verwaltung/Stadtpolitik generiert so eine erweiterte Qualität; das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ergänzt bei Herausforderungen für Fragen der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt als eigenes Qualitätsmerkmal entstehende Lösungen. Das Engagement ist also nicht nur gewünscht, sondern gefordert und Teil kommunaler sozialpolitischer Lösungsstrategien.

Großen Schwung bekam das Bündnis für Augsburg im Sommer 2003 bei der Bewerbung der Stadt zur Kulturhauptstadt 2010. „Kulturbotschafter“ sind freiwillig engagierte Menschen, die sich im Rahmen dieses Bewerbungsverfahrens mit Projekten und Aktivitäten beteiligten.

Als erstes Projekt ging 2003 „Change in“ an den Start. Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse engagieren sich 40 Stunden freiwillig außerhalb der Schulzeit in ökologischen, kulturellen oder sozialen Einsatzstellen. Sie werden von freiwilligen Mentorinnen und Mentoren begleitet, die die Jugendlichen besuchen, in Orientierungsfragen helfen oder bei Unklarheiten und Konflikten vermitteln. Träger des Projekts sind das Freiwilligen-Zentrum Augsburg und der Stadtjugendring. Sie sind für die Akquise von Schülerinnen und Schülern, Mentoren und Einsatzstellen verantwortlich, bilden Mentoren aus und organisieren gemeinsam mit weiteren Beteiligten ein Abschlussfest zu jeder Neuaufgabe des Projekts.

Was mit etwa 50 Schülerinnen und Schülern, 20 Mentoren und 40 Einsatzstellen begann, hat sich zum größten, flächen-



Schüler und Schülerinnen beim Abschlussfest des Projekts „Change in“.

deckend in allen Schularten in Augsburg agierenden Jugendengagement-Förderungsprojekt entwickelt: Ein Change in wurde bis dato 16 mal durchgeführt; inzwischen sind rund 4.000 Schülerinnen und Schüler freiwillig und heute sogar oft selbst als Mentorinnen und Mentoren oder in anderen Projekten aktiv.

Gleichzeitig wurde 2004 mit den Sozialpaten ein inzwischen ausgezeichnetes und vielfach in andere Städte übertragenes Projekt initiiert: Bürgerinnen und Bürger bieten in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Menschen im Rahmen von Sprechstunden eine Erstberatung an. Gemeinsam mit dem städtischen Amt für Soziale Leistungen wurden in vier Außenstellen niedrigschwellige Anlaufstellen geschaffen, wobei der Verwaltung die Prüfung von Antragsberechtigungen sozialer Unterstützungssysteme obliegt und den freiwilligen Sozialpaten die schwierige Erstorientierung in einer oftmals verfahrenen Situation bis hin zur Vorbereitung einer professionellen Schuldnerberatung. Die Unterstützung Suchenden sahen sich nun plötzlich nicht mehr dem auf einem gesicherten Arbeitsplatz sitzenden Verwaltungsangestellten gegenüber, sondern dem ehemaligen Banker, der erfahrenen Leitungskraft einer sozialen Einrichtung, dem Meister im Ruhestand oder dem früheren Juristen, der freiwillig engagiert Mitwirkung einfordert.

Durch das Tandem „Freiwilliger/Mitarbeiter“, einem Qualitätsmerkmal aller Bündnis-Projekte, öffnete sich die Verwaltung für Kompetenzen und Sichtweisen engagierter Mitwirkender. Als zivilgesellschaftlicher Partner war das Freiwilligen Zentrum maßgeblich mitbeteiligt. Erfahrungen bei der Gewinnung, Qualifizierung und Begleitung von Freiwilligen brachte das Freiwilligen Zentrum mit ein; es vermittelte bei schwierigen Entwicklungsschritten und gestaltete gemeinsam mit den Verwaltungsmitarbeitern das erfolgreiche Profil der Sozialpaten.

Inzwischen stehen den Bürgerinnen und Bürgern neun Anlaufstellen zur Verfügung, ca. 60 aktive Paten begleiten mit vier Fallmanagern des Amtes finanziell in Not geratene Menschen (2010 etwa 2300 Einzelpersonen und Familien). In der Fortentwicklung des Projekts kam 2010 ein weiterer Baustein hinzu: Erfahrene Referenten, darunter auch Sozialpaten, halten für die Jahrgangsstufen 6 und 7 der Augsburger Mittelschulen Unterrichtseinheiten zum Thema „Schuldenfalle – nein danke!“ ab. Die Stadtparkasse Augsburg und weitere Augsburger Banken unterstützen das Projekt mit Know-how und Materialien.

Ein äußerst attraktives Standbein der Bündnisarbeit startete früh nach der Gründung: Das Bündnis lädt jährlich alle in Augsburg zugezogenen neuen Bewohner zum Neubürgerempfang ein. „Miteinander reden“ ist das Motto der Veranstaltung im Rathaus, mitten im Herzen unserer Stadt. Neben dem Willkommensgruß des Oberbürgermeisters und von Augsburger Beiräten bietet das Bündnis für Augsburg den Eingeladenen beim

Empfang eine Vielzahl von Engagementmöglichkeiten. Inzwischen kommen jährlich etwa 700 Menschen zu diesem Abend; viele haben dadurch den Weg ins bürgerschaftliche Engagement gefunden.

Das Bündnis für Augsburg startete ergebnisoffen, flexibel und nahe an einem aktuellen Thema der Stadt. Mit den ersten Vorbereitungen zur Bündnisgründung wurde eine Geschäftsstelle im Referat Oberbürgermeister eingerichtet, die fachlich eng am Sozialreferat angegliedert war und 2006 auch dorthin übertragen wurde. Ab 2008 wurde die Geschäftsstelle wieder dem Referat Oberbürgermeister zurückübertragen. Die Aufgaben bestanden zunächst in der organisatorischen Begleitung der Gründungsphase, Akquise von Kulturbotschaftern, organisatorischen Unterstützung der Bündnisaktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit und verwaltungsbezogenen Begleitung der neu initiierten Steuerungsgruppe im Bündnis.



Mit zunehmender Ausweitung der Aktivitäten, einer Ausdifferenzierung von Projekten, der Verabschiedung eines Leitbilds und der Fortschreibung von Bündnis-Gremien ergab sich die gegenwärtige Struktur des Bündnisses für Augsburg.

Daraus ergibt sich folgendes Aufgabenprofil der kommunal verankerten Geschäftsstelle:

- Anlauf- und Informationsstelle zu allen Fragen des Bündnisses für Augsburg
- Vernetzung der bestehenden Aktivitäten untereinander
- Unterstützung der einzelnen Projekte und deren Träger in Fragen der Weiterentwicklung
- Aufgreifen von Impulsen für Bündnisaktivitäten aus Bürgerschaft, Wirtschaft und Verwaltung
- Projektmanagement unter Einbindung des trisektoralen Netzwerks und weiterer Partner zu gesamtstädtischen Themen und Anlässen (z.B. Tag des Engagements aller Generationen, Ort der Vielfalt und Toleranz, bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements etc.)
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des entwickelten Corporate Designs
- Vorbereitung, Durchführung und Ergebnissicherung der Sitzungen der Steuerungsgruppe
- Unterstützung des Freiwilligen-Zentrums bei der Vorbereitung, Durchführung und Ergebnissicherung der Projektversammlungen
- Vorbereitung und Durchführung der jährlichen Vollversammlungen, alle zwei Jahre organisatorische Unterstützung der Wahlen der Aktiven-Vertretung in der Steuerungsgruppe
- Vertretung des Bündnisses gemeinsam mit Akteuren in überregionalen Gremien, z.B. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- „Mitdenken“ des bürgerschaftlichen Engagements bei Verwaltungsaktivitäten
- Neues Engagement erschließen unter Mitwirkung kommunaler Verwaltung im Sinne einer Entwicklungsschmiede für Engagement in der Stadt

Im Dezember 2008 wurde die Geschäftsstelle des Bündnisses für Augsburg dem neu eingerichteten Büro für Bürgerschaftliches Engagement, einer Stabsstelle im Referat Oberbürgermeister, zugeordnet. Damit wurde die Rolle der Kommune im trisektoralen Netzwerk des Bündnisses für Augsburg klarer umrissen. Im Sinne einer kommunalen Engagementpolitik ist es Aufgabe des Büros, verwaltungsintern Engagement fördernde Haltungen, Projekte und Strukturen zu analysieren, zu unterstützen und gemeinsam mit den Fachreferaten weiterzuentwickeln.

FÖRDERNDE FAKTOREN

1. Kommunale Engagementpolitik braucht verlässliche zivilgesellschaftliche und unternehmerische Partner – im Augsburger Beispiel das Freiwilligen-Zentrum, die Wohlfahrtverbände, Sparkasse und Banken.
2. Engagementpolitik braucht einen Motor in der Politik. Dr. Konrad Hummel, Sozialreferent von 2002-2008, hat bürgerschaftliches Engagement auf die sozialpolitische Agenda gehoben und es in allen relevanten tages- bzw. grundsatzpolitischen Fragen gefordert und gefördert. Für diese Entwicklung war er Vordenker und umtriebiger Motor. Für Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl (seit 2008) ist bürgerschaftliches Engagement ein persönliches großes Anliegen. Die von ihm geforderte und initiierte Einrichtung des Büros BE Ende 2008 wurde fraktionsübergreifend unterstützt, engagementpolitische Anliegen finden bei ihm immer ein offenes Ohr.
3. Aktivitäten, Veranstaltungen und Projekte sind geprägt vom Zusammenspiel und der Ausgewogenheit vieler gesellschaftlicher Kräfte in der Stadt: Die Pluralität unserer Stadtgesellschaft spiegelt sich in den engagementpolitischen Zielsetzungen, Handlungsstrategien und Lösungsansätzen wider.
4. Engagement und Partizipation: Wer sich engagiert, partizipiert an der Gestaltung seiner Stadt. Wer im Rahmen von Beteiligungsmöglichkeiten mitwirkt, engagiert sich in der Stadt. Die sind die zwei Seiten der gleichen Medaille. Bestehende Partizipationsprozesse wirken in Augsburg seit Jahren erfolgreich.

FAZIT

Augsburg ist in Fragen der Engagementpolitik gut aufgestellt. Es bleiben vor allem im Hinblick auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung noch viele Fragen offen, die Auftrag und Ansporn für die kommenden Jahre sind. Bürgerschaftliches Engagement ist der soziale Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält und den Fliehkräften entgegen wirkt. Die Öffentlichkeit mit ihrer großen Medienlandschaft sowie den neuen sozialen Medien lassen Rollen und Verantwortungszuordnungen zwischen Bürgern und politischen Verantwortungsträgern verschwimmen, setzen auf Beteiligungsformen ohne persönlichen Kontakt und entfachen kurzfristige Aktionen anstatt nachhaltiges Engagement. Das offene Feld von Engagement und Partizipation wird ständig neu zu vermessen sein.

SABINE NÖLKE-SCHAUFLEER
 BÜRO FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT
 GESCHÄFTSSTELLE BÜNDNIS FÜR AUGSBURG

BREITE, KOORDINIERTE UND VERNETZTE ENGAGEMENTFÖRDERUNG IN DEN LANDKREISEN BADEN-WÜRTTEMBERGS

DAS ZIEL

Die Landkreise Baden-Württembergs fördern unter dem Leitbild „Bürgerschaftliches Engagement“ seit 1997 auf vielfältige Weise die Bereitschaft der Bürger, sich aktiv und nachhaltig an der Weiterentwicklung der Gesellschaft zu beteiligen und sich mit ihrer Sozialzeit in das Zusammenleben der Menschen einzubringen. Sie tragen dadurch dazu bei, das Sozialkapital in Quartieren, Gemeinden, Regionen zu mehren, ebenso wie die Gemeinden und die Städte des Landes.

Je mehr diese zwar von oben durch die Landespolitik angestoßene, aber unten stattfindende landesweite Förderung reflektiert wurde und je mehr ihre Rahmenbedingungen evaluiert wurden, umso klarer, in welchem Umfang Menschen ein soziales Kapital für unsere Gesellschaft und ihre Lebenswelten darstellen. Dieses kann nur dann erfolgreich im Sinne des Ganzen „geschöpft“ werden, wenn es einen selbstbestimmten Rahmen erhält. Der Einzelne muss die Gelegenheit haben, nach seinen Möglichkeiten sein individuelles soziales Kapital zu zeigen, einzusetzen und durch Praxis zu mehren. Deutlich wurde dabei auch, dass man immer nur einen Teil der Engagementbereiten ansprechen kann, wenn man versucht, das soziale Kapital in Formen zu gießen. Nur eine Vielfalt von Angeboten bietet allen Menschen die Chance, sich entsprechend ihren sozialen, räumlichen Möglichkeiten und Kompetenzen in die Gesellschaft einzubringen. Folgerichtig müssen die Menschen die Deutungshoheit über das haben, was ihr freiwilliges Engagement für die Gesellschaft ist. Für die professionellen Fachkräfte geht es um

- nachhaltige Unterstützung und innovative Weiterentwicklung gesellschaftlich wichtiger tragender Strukturen des Bürgerschaftlichen (Vereine usw.)
- Anerkennung eigensinniger und eigenständiger individueller Formen des Sozialzeiteinsatzes im Alltag
- Schaffung neuer Möglichkeiten im Sinne von Projekten, Prozessen und Strukturen, sich entsprechend der eigenen Kompetenzen und Wünsche einzubringen – mit all dem daraus resultierenden Mehrwert für die Akteure, die Zielgruppen und die Gesellschaft

Für die Engagierten geht es um die Abrundung und Bereicherung ihres Lebens.

Ferner wurde deutlich, dass, wer die gesellschaftliche Bedeutung des gemeinsinnigen Handelns stärken will, dies nicht in Konkurrenz zu anderen, sondern gemeinsam mit anderen tun muss, im Sinne einer gemeinsamen gesellschaftlichen Logik.

Das Landesnetzwerk mit seinen Teilsystemen folgt dieser Logik. Es wird davon ausgegangen, dass die gesellschaftliche Dichte (das Netz, die Beziehungen) neben Recht, Geld, Fachlichkeit und Strukturen die Mitwirkung der Bürger und die Gegenseitigkeit braucht. Dieses entfaltet sich vor allem dort, wo Menschen gut leben, arbeiten, lernen und sich schließlich engagieren oder, wie Plasch Spescha sagt: „Arbeitszeit, Freizeit und Sozialzeit einbringen“.¹

FÖRDERUNGSSTRUKTUREN

In den Landkreisverwaltungen wird das bürgerschaftliche Engagement in sehr unterschiedlichen Strukturen und unterschiedlichen Prozessen gefördert:

- Es gibt Landkreise, die Fachkräfte in den verschiedenen, mit Bürgerengagement befassten Ressorts (z.B. Denkmalschutz, Kultur, Umwelt, Betreuungswesen, Integrationsarbeit, Jugend, Schule, Rettungswesen, Feuerwehr) beispielsweise im Rahmen Runder Tische oder Fortbildungen zusammenbringen.
- Es gibt Landkreise mit Anlaufstellen bzw. Fachstellen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Sie haben eigenständige, engagementfördernde, koordinierende, projektentwickelnde Aufgaben oder arbeiten den anderen Ressorts zu.
- Es gibt Fachkräfteteams, in denen die Unterstützung von Engagierten und die Anregung von Engagement gemeinsam gepflegt und verantwortet werden.
- Es gibt regionale Netzwerke, in denen verschiedenste Organisationen und Menschen, die mit Freiwilligen arbeiten, gemeinsam mit dem Landkreis und Gemeinden ein regionales Forum zur Förderung des Engagements bilden.

In allen Förderstrukturen zeigt sich immer wieder, wie wichtig gemeinsame Haltungen und Planungen sind. Das freiwillige Engagement der Bürger muss von allen Partnern als Chance für die regionale Entwicklung gesehen werden, und hier ist eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, die für neue Impulse offen ist.

LANDKREISSPEZIFISCHE ANLIEGEN

Auch wenn häufig gesagt wird, Engagement sei der Reichtum und die Aufgabe der Gemeinden, gibt es doch auch Engagementformen, die sich besonders für die Fläche, also für die Landkreise eignen.

Denken wir zum Beispiel an das Engagement der Selbsthilfe im Gesundheitsbereich, die Patientenfürsprecher im Bereich der Kliniken oder auch das Engagement der Kreissenorenräte oder Kreisfrauenräte. Dazu kommen die engagementbasierten Strukturen der Förderung von bzw. in Schulen (Lernbegleiter, Schülermentoren, Integrationslotsen, Elterncafés, Integration Jugendlicher in den Beruf), Strukturen der Förderung von Familien in Familientreffs, der Unterstützung der professionellen Altenhilfe durch „Altenselbsthilfe“ (Seniorenkreise, Seniorentreffs) oder aber die vielen Projekte zur Integration von Menschen mit Behinderung oder von Einwanderern im Rahmen der regionalen Integrationspläne.

In allen Bereichen wird jedoch deutlich, dass, auch wenn das zivilgesellschaftliche Engagement in einem größeren Sozialraum gefördert wird, dies niemals ohne Abstimmung mit der örtlichen Ebene und mit den Maßnahmen der freien Träger möglich ist. Nur diese Abstimmung und ein regional vernetztes bis koordiniertes Vorgehen garantieren, dass die Engagierten und die Engagementförderung nicht gegeneinander ausgespielt werden und so der Wert des bürgerschaftlichen Engagements verspielt wird.

BEWUSSTE ENGAGEMENTFÖRDERUNG BRAUCHT VIELFALT

Während viele Vereine mittlerweile klagen, dass die Zahl ihrer Aktiven immer weiter sinkt, ist es möglich, über professionelle und ideenreiche Engagementförderung neue Strukturen des guten Zusammenlebens mit Hilfe engagierter Bürgerinnen und Bürger aufzubauen. Sie sind besonders wirksam, wenn sie mit der Entwicklung der klassischen Unterstützungsstrukturen verbunden werden. Dieser bewusste „Einbau von Bürgerengagement“ in die Entwicklung neuer und geeigneter Strukturen und Prozesse in einen Hilfemix setzt professionelle Sensibilität voraus. Es gilt zu erkennen, wo die Interessen der unterschiedlichen Bürgergruppen liegen, wofür ihr Herz schlägt, was sie antreibt, in welchen Phasen ihres Lebens sie für welche Anliegen „brennen“. Es gilt zu sehen und anzuerkennen, dass Engagement sich nicht nur in Projekten zeigt, sondern auch Teil des Alltags ist. Engagement lebt im Alltag der Nachbarschaft einer betreuten Wohnanlage, im Mietshaus, im Quartier, unter den Eltern an einer Schule, im Freundeskreis. Auch dieses Engagement im Alltag und Alltagsverhalten zu stärken ist Aufgabe gemeinwesenorientierter sozialer Arbeit.

Im Landkreisnetzwerk wird derzeit intensiv über das Thema „Netzwerke“ diskutiert, die ihre Wirkung aus kooperativen Projekten ebenso entnehmen wie aus dem Fundament, auf dem sie aufliegen. Als Fundament hat unser Sozialstaat die Familie definiert. Im Rahmen des BE könnte das Fundament die alltägliche Nachbarschaft sein, die durch Angebote, in Projekten und Strukturen Besonderes zu leisten, gestärkt wird.

VIELFALT BRAUCHT KOOPERATION DER PROFESSIONELLEN FACHKRÄFTE

Es gilt, im Rahmen der Landkreisförderung kompetente professionelle Strukturen in einer Region zusammenzubringen, mit ihnen zusammen Veränderungen zu erspüren und auf sie zu reagieren, und mit ihnen zusammen ein regionales Gesamtkonzept zu gestalten. Dieses bietet vielen Menschen die Chance, sich in regionale Verantwortungen einzubinden. Es integriert sie und lässt sie teilhaben, wodurch in der Konsequenz eine lernende und gesunde Region nachhaltig gestärkt wird.

Unser Beitrag zur Berücksichtigung und Förderung zwischenmenschlichen Engagements ist noch nicht am Ende angekommen.

Für Menschen, die seit vielen Jahren in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements tätig sind, ist immer wieder überraschend, wie es die Zahl der Engagierten stabilisiert, wenn man sich für neue Zielgruppen und neue Leitbilder öffnet. Immer neue Impulse von außen (z.B. der Diskurs um Freiwilligendienste aller Generationen, die Förderung generationenübergreifender Formen des Miteinanders, Projekte lernender Regionen oder auch Konzepte der Nachbarschaftsförderung) und neue zivilgesellschaftliche Impulse erweitern das Spektrum an freiwilligen sozialen, gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten und Zeiteinsätzen für Menschen. Angesichts der zunehmenden Vielfalt und Individualität menschlicher Lebensformen und Bedürfnisse ist diese laufende Innovation im Feld der Engagementförderung unbedingt notwendig und konstruktiv. So viele Innovationsimpulse können sicher nicht nur von einzelnen Menschen gesetzt werden. Sie müssen auf regionalen Bündnissen für mehr Sozialzeiteinsatz aufbauen. Diese regionalen Bündnisse zu koordinieren ist eine Aufgabe der Fachstellen auch in den Landkreisen. Wichtigste Voraussetzung für das Gelingen ist Zeit.

PROF. DR. SIGRID KALLFASS
LANDKREISNETZWERK BE

¹ Plasch, Spescha: Arbeit, Freizeit, Sozialzeit. Die Zeitstruktur des Alltags als Problem ethischer Verantwortung, Peter Lang, Bern 1981

FACHSTELLE BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IM LANDKREIS KONSTANZ

STRUKTURAUFBAU

Der Aufbau der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement beim Landkreis Konstanz geht auf kein festes Datum zurück. Die Stelle entwickelte sich peu à peu aus der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen beim Gesundheitsamt. Innerhalb von ein bis zwei Jahren entstanden aus mehreren Veranstaltungen Aktivitäten zum bürgerschaftlichen Engagement und Überlegungen, parallel zur Selbsthilfekontaktstelle auch eine Servicestelle Bürgerschaftliches Engagement einzurichten.

Unterstützt wurden diese Überlegungen durch Impulse und finanzielle Projektunterstützung durch das Sozialministerium Baden-Württemberg. Durch den Rückgang der Asylbewerberzahlen seit Ende der neunziger Jahre konnte dann Anfang 2001 eine 50%-Stelle der Unteren Eingliederungsstelle für den weiteren Aufbau der Service- und Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement kostenneutral umgeschichtet werden. Mit dem Wechsel des Gesundheitsamtes vom Ordnungs- zum Sozialdezernat im Jahr 2003 wurden die Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen und die Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement als Stabsstellen dem Sozialdezernenten zugeordnet. Damit hob der Landkreis die Bedeutung der Engagementförderung nach innen wie nach außen nochmals deutlich hervor.

STRUKTURENTWICKLUNG

Durch die räumliche Entfernung zur Bürgerschaft war von Beginn an klar, dass die Fachstelle ihren Schwerpunkt nicht in erster Linie auf die Beratung und Vermittlung von Bürgern und Freiwilligen legen würde. Vielmehr liegt der Schwerpunkt der Stelle in der Entwicklung, Umsetzung und Begleitung von Projekten und spezifischer projektbezogener Konzeptentwicklung,



Vielen alleinlebenden älteren Menschen bietet das Projekt „Haustierpaten“ Beruhigung und Sicherheit.

Öffentlichkeitsarbeit und der Sicherstellung von Projektfinanzierungen. Die beispielhaft in den letzten Jahren entwickelten Projekte zeichnen sich nun rückblickend dadurch aus, dass sie unter frühem Einbezug mehrerer Ämter und Institutionen sowie gründlicher Projektplanung bis zum heutigen Tag nachhaltig wirken und zu einem festen Bestandteil des bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis Konstanz geworden sind.

Beispielhaft seien folgende Projekte genannt:

- Mit dem Projekt Haustierpaten werden insbesondere ältere Menschen, die ein Haustier haben, entlastet, wenn sie sich über einen gewissen Zeitraum, beispielsweise wegen eines Klinikaufenthaltes, nicht selbst um ihr Haustier kümmern können. Eine engagierte Tierliebhaberin kümmert sich ehrenamtlich um die Einsätze ihrer Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Dabei kann sie auf Vernetzungspartner innerhalb des Landkreises sowie der grenznahen Schweiz zurückgreifen. Aus vielen Begegnungen über dieses Engagement entstehen nachbarschaftliche Hilfedienste auf Gegenseitigkeit.
- Das Projekt Sprachmittler wird zunehmend von Behörden, Kliniken, Verbänden sowie niedergelassenen Ärzten und Therapeuten nachgefragt. Über 100 Sprachmittler wurden in mehreren halb- und ganztägigen Seminaren auf ihre Dolmetschertätigkeit vorbereitet und geschult. Regelmäßige Einladungen zum Erfahrungsaustausch, die aber auch als Anerkennungsveranstaltungen ausgeschrieben sind, fördern die Netzwerkkultur dieses Projektes. Um es in der (Fach-)Öffentlichkeit immer wieder bekannt zu machen, organisiert die Projektstelle immer wieder Pressegespräche und versendet Flyer an Institutionen.
- Familienpaten: Mit dem Kreisjugendamt und dem Kinderschutzbund wurde über einen längeren Zeitraum das Projekt Familienpaten entwickelt.

Nach öffentlicher Ausschreibung und Bewerbung über die Lokal- und Regionalmedien, die Gemeindeblätter und Auslage von Flyern sowie Aushang von Plakaten in den Rathäusern der Städte und Gemeinden wurden vor drei Jahren die ersten Familienpaten nach vorher festgelegten Eignungskriterien ausgewählt und für ihren Einsatz qualifiziert. Mittlerweile liegen die ersten Erfahrungsberichte vor, das Projekt wird nun vom Kinderschutzbund und Kreisjugendamt als fester Baustein im Rahmen der Familien- und Kinderhilfe im Landkreis weitergeführt und weiterentwickelt.

- Bürgerschaftliches Engagement bewegt den Landkreis Konstanz (BEwegt): Dieses Projekt hatte zum Ziel, Wege für Rollstuhlfahrer zu erkunden und zu dokumentieren. Mit Schülerinnen und Schülern aus fünf Schulen im Landkreis Konstanz wurde es erfolgreich umgesetzt. Gemeinsam mit dem Kooperationspartner, dem AWO Kreisverband Konstanz e.V., werden die bestehenden Daten immer wieder ergänzt durch neue Wege, die auf der Homepage veröffentlicht werden.
- Aktuell wird von der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement das Konzept von Pflgelotsen mit dem neu gegründeten Pflgestützpunkt entwickelt. Es soll spätestens im Januar 2012 mit den ersten Lotsen starten. Bis dahin gilt es, das Konzept bekannt zu machen sowie Pflgelosten zu gewinnen und zu schulen. Das neue Projekt wird von der Fachstelle parallel zur Begleitung der anderen, bereits bestehenden Projekte entwickelt.

Diese fünf Projekte zeigen, dass es zeitaufwendig ist, neue Projekte zu entwickeln, initiieren und zu finanzieren, da neben der Gewinnung von Projektpartnern (i.d.R. Ämter, Kommunen, Institutionen, Verbände) und der Gewinnung und Schulung von Freiwilligen sowie ihrer Begleitung (nicht jeder ist geeignet) auch professionelle Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden muss. Nicht zuletzt ist auch die Würdigung und Anerkennung der Freiwilligen in den Projekten immer wieder neu durch ansprechende Formen sicherzustellen.

Im Landkreis Konstanz hat sich die Anlaufstelle Bürgerschaftliches Engagement zu einer Fach- und Projektstelle entwickelt, deren Arbeit zunehmend von Politik, Verwaltung, Verbänden und Institutionen als professionelle Struktur in der Landkreisverwaltung geschätzt wird.

Die Schülerinnen Janine Hofmann, Laura Herzog, Jehan Long, Jessica Schrodin (alle Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Konstanz) testen die Tour 1 auf der Insel Mainau



INSEL MAINAU



Mit den erfolgreich entwickelten und etablierten Projekten hat die anfänglich nicht von allen Seiten gleichermaßen begrüßte Stelle mittlerweile einen festen und unumstrittenen Platz im Leistungsangebot des Sozialdezernates. Ihren heutigen Stellenwert verdankt sie auch der Zuordnung zum Sozialdezernat als Stabsstelle mit dessen direktem Zugang zur Pressestelle, dem Landrat und politischen Gremien.

Die Fachstelle für BE arbeitet eng mit der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen und dem Kreissenorenrat zusammen. Sie bilden zusammen eine Geschäftsstelle und sind verwaltungsintern zwischen Sozialdezernat und den Ämtern gut eingebunden. Hier werden auch koordinierende Aufgaben über die Projektarbeit hinaus im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, der Selbsthilfeförderung, Suchtprävention, Suchthilfe sowie der Gesundheitsförderung wahrgenommen und unterstützt.

Mit der Gründung einer Lenkungsgruppe Bürgerschaftliches Engagement, der der Kreisjugendring, der Kreissenorenrat, die Selbsthilfe, die Liga der Wohlfahrtsverbände, die AG Sport, ein Vertreter der Bürgermeister und die VHS angehören und die vom Landrat bzw. dem Sozialdezernenten geleitet wird, werden auch bundes- und landesweite Entwicklungen im breiten Feld der Freiwilligenarbeit und des bürgerschaftlichen Engagements fachpolitisch auf ihre Bedeutung für den Landkreis reflektiert und diskutiert. Die Rückkoppelung mit wesentlichen Repräsentanten wichtiger Felder des Engagements vom Bereich Jugend über Sport, Bildung, Selbsthilfe und Soziales bis hin zu Senioren sichert den Blick für das Ganze und schafft auf der strukturellen Ebene ein notwendiges Maß an Austausch und Vernetzung. Und nicht zuletzt hat diese Lenkungsgruppe seit ihrem Bestehen schon mehrere landkreisweite Tagungen zu aktuellen Themen konzipiert und durchgeführt.

JOHANNES FUCHS
LANDKREIS KONSTANZ

Beispiel Entwicklungen in Oberschwaben

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Als im Jahr 2003, dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung, auch in den Landkreisen intensiv an Konzepten der Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung gearbeitet wurde, standen auch in Oberschwaben die Integration von Menschen mit Behinderung in Schulen, die Integration von Menschen mit Behinderung in die Arbeit und die Integration von Menschen mit Behinderung in die Sozial- und Lebensräume der Gemeinden und Städte im Vordergrund.

Dabei wurde Integration sehr häufig als Bringschuld der „normalen“, nicht behindertenpädagogisch ausgerichteten Systeme bzw. der Gesamtgesellschaft gesehen. Diese sollten sich für die Ressourcen und Bedarfe der Menschen mit Handicaps öffnen. BE wurde im Kontext dieser Bringschuld diskutiert.

In den Veranstaltungen im Landkreis Ravensburg im Europäischen Jahr wurde unter dem Titel „mittendrin statt außen vor“ die Öffnung der Behindertenhilfe einerseits und die Integration der Menschen mit Behinderung andererseits ganz unterschiedlich verstanden und umgesetzt. Immer aber bemühten sich die mitwirkenden Organisationen der Behindertenhilfe, die Fähigkeiten „ihrer“ Behinderten vorzustellen und sie in Angebote für die Region einzubeziehen.

Dabei blieb dieses großartige Angebot, an dem sich eine enorme Zahl von Einrichtungen beteiligte und das viele Menschen in unterschiedlichen Städten und Gemeinden besuchten, jedoch ein Angebot der Einrichtungen. Die Mitwirkung der Menschen mit Behinderung verblasste, obwohl mehrere Projekte anders hätten gedeutet werden können – beispielsweise der Auftritt von Musikgruppen verschiedener Einrichtungen und Schulen oder eine hervorragende Straßenperformance.

Hier handelten Menschen mit Behinderung für andere und sie erlebten sich auch so. Sie waren die Künstler und sie unterhielten die anderen. Die Zuschauer werteten es jedoch als Aufforderung, die Einrichtungen und Träger bei ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen. Auch die Träger selbst sahen hier das hauptsächliche Ziel ihrer Mitwirkung: Die Behindertenhilfe sollte gestärkt, öffentlich gemacht und als Teil der regionalen Sozial- und Bildungsstruktur anerkannt werden.

Bis heute werden in der Behindertenhilfe¹ Gleichstellung und Teilhabe häufig mit einer optimalen Versorgung gleichgestellt. In diesem Sinn betont die Mitarbeiterin einer Behinderteneinrichtung, die sich intensiv mit der Frage nach den Möglichkeiten befasst, behinderte Menschen an Entscheidungen zu beteiligen und sie fit zu machen für Gemeinschaftshandeln: „Sie haben ein Anrecht auf Integration und erhalten alles: Geldleistungen, Sachleistungen, Freizeitangebote, Arbeitsangebote, Wohnangebote. Was sie aber nicht oder nur sehr wenig erhalten, ist Bestätigung durch nicht behinderte Menschen. Diese Bestätigung erhalten sie, wenn sie in Freizeiten nicht nur bedient werden, sondern selbst aktive Rollen bekleiden dürfen.“ (M. H., 17.02.2011)



Gemeinschaftshandeln ist wichtig – im Bild der Geschäftsführer der OWB Egon Streicher (li) und Michael Leupolz (re).



Mit der Präsenz auf der Oberschwabenschau wurden insbesondere die Fertigkeiten, Verdienste und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderung und ihr Beitrag zum Arbeitsmarkt und zur Beschäftigung aufgezeigt. Auf dem „Teil SEIN“-Messestand konnten sich Besucher am Kaffeemobil mit einer Kaffeespezialität verwöhnen lassen.



Zunehmend lässt sich jedoch ein Umdenken erkennen. Mehrere CAP-Läden in der Region und allgemein zugängliche Cafés, in denen behinderte Mitarbeiter Arbeit gefunden haben, wurden nicht nur als Arbeitsplätze für Behinderte geschaffen, sondern als Orte, an denen die Fähigkeiten der behinderten Mitarbeiter – ihre Langsamkeit, ihre Freundlichkeit – als Chance für eine alternde Gesellschaft erkannt wurden, und die behinderten Menschen somit eine besondere Qualität in das Zusammenleben einbringen.

In der Region Oberschwaben wird seit 2010/11 an verschiedenen Stellen darüber nachgedacht, wie sich auch behinderte Menschen engagieren können und wie in diesem Fall dann die Förderung der Engagierten aussehen müsste.

- In einer stationären Behinderteneinrichtung werden leichter Behinderte bzw. erfahrene Bewohner als Paten eingesetzt, um Schwächere in die Werkstatt bzw. in die Schule zu begleiten. Dort, wo dies möglich ist, zeigt sich, dass die Helfer von der Aufgabe profitieren, dass der Stolz, mit dem sie ihre Aufgabe wahrnehmen, sie auch in den schulischen Aufgaben bzw. in der Arbeit voranbringt.
- Ein ambulanter, gemeinwesenorientierter Träger für freizeitbezogene Angebote hat, teilweise mit anderen Trägern der Jugendarbeit zusammen, mehrere Angebote für die jungen Menschen entwickelt, die während der Woche in Schule oder Arbeit sind und am Wochenende bzw. in den Ferien die Trägerangebote (Freizeiten, Ausfahrten, Wanderungen usw.) nutzen. Heute unterstützen diese jungen Menschen den Ablauf von Partys für behinderte (und nichtbehinderte) Menschen durch Übernahme von Theken- und Garderobendienst. In einem Projekt „Schülerkalender“, das mit Bildern und Texten das Leben junger Menschen (2011 junger Menschen mit Behinderung) im Raum beschreibt, arbeiten neben anderen Jugendlichen auch zwei Jugendliche mit Behinderung als Fotografen und Interviewer mit. Nach Fertigstellung des Kalenders nehmen sie an einer Fahrt für alle Mitwirkenden teil. Mit dem BUND pflegen weitere Jugendliche Biotop.

- Ein großer genossenschaftlicher Wohnungsbauträger überlegt, wie in einem durch Gemeinwesenarbeit unterstützten Quartier mit ca. 500 Wohnungen und einem sehr aktiven Bewohnertreff Menschen mit Behinderung als Bewohner einer oder mehrerer Wohnungen in das dortige Nachbarschaftskonzept eingebunden werden können. Man will diese Einbindung nur dann vorantreiben, wenn beide Seiten voneinander profitieren können.
- Ein Kinderzirkus einer Grund-, Haupt- und Werkrealschule, der jeweils nach einer Übungszeit im Rahmen einer Tourneephase in Altenheimen auftritt, hat drei behinderte Jugendliche eines örtlichen Behindertenheims in die Tourneegruppe aufgenommen. Diese sind mit ihren Fähigkeiten voll integriert.

Die Projekte, in denen Menschen mit Behinderung eine gemeinnützige Rolle spielen, zeigen, dass nicht nur die anderen, sondern sie selbst von dieser Rolle enorm profitieren und dass sie ein Baustein in der Kette der Gleichstellungsangebote sind.

PROF. DR. SIGRID KALLFASS
LANDKREISNETZWERK BE

¹Befragung von Studierenden der Hochschule Ravensburg-Weingarten jeweils bei den Aktionen 2003.

HERAUSGEBER:

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familien und Senioren Baden-Württemberg

Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste
Schellingstraße 15
70174 Stuttgart
Telefon 0711 123-0
Telefax 0711 123-39 89
stabsstelle@sm.bwl.de
www.buergerengagement.de

GESTALTUNG UND REALISIERUNG:

freelance project GmbH
Silberburgstraße 112
70176 Stuttgart
Telefon 0711 993386-0
info@freelance-project.de
www.freelance-project.de

BILDER:

Annette Breitsameter-Grössl; cw-design, photocase;
Udo Dilger Fotodesign; Gemeinde Denkingen;
Hugo Fössinger; Sergei Golikov, Vector-Images.com;
Svenja Grössl; iofoto, istockphoto; Walter Käsmair;
real-enrico, photocase; Stadt Augsburg; Stadt Ettenheim;
Stadt Esslingen; Stadt Heidenheim; Stadt Schwäbisch-
Gmünd; W. Weller, digitalstock, wikipedia.org.

© 2011, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familien und Senioren Baden-Württemberg



Landesnetzwerk
Bürgerschaftliches Engagement
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIEN UND SENIOREN